

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
J. M. C. Geyer.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnützung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsdrucken, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Febr. 1931.

## Vorgefachte zur Abrüstungskonferenz.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der frühere Präsident der Sozialistischen Internationale und jetzige englische Aussenminister Arthur Henderson hat, zusammen mit dem Marineminister Alexander, innerhalb von wenigen Tagen eine Einigung zwischen Frankreich und Italien in der Flottenfrage zustandegebracht. Die persönliche Reise der beiden Mitglieder der britischen Arbeiterregierung nach Paris kam überraschend, noch überraschender ihr Entschluss, gleich nach Rom weiterzufahren, um die Zustimmung Mussolinis zu der Pariser Kompromissformel zu erwirken. Wieder einmal zeigt sich, dass die englischen Sozialisten durch ihre Initiative, ihre Entschlusskraft und ihr schnelles Handeln die einzige wirklich vorwärtstreibende Kraft im Kampfe um die internationale Abrüstung sind.

Jahrelang ist die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz mit der Begründung verzögert worden, dass es zwecklos sei, über die Abrüstung zu Lande zu beraten, solange dem Wettrüsten zur See nicht Einhalt geboten wird. Die Versuche der englischen konservativen Regierung, sich mit Amerika zu verständigen, waren gescheitert und neue wahnwitzige Flottenbaupläne auf allen Seiten waren die Folge dieses Misserfolges, den in erster Linie die Marine-"Sachverständigen" verschuldet hatten. Eine der ersten Taten der Arbeiterregierung nach ihrer Machtergreifung war die Reise MacDonalds nach Washington, die die Londoner Seeabrüstungskonferenz ermöglichte. Man mag das Ergebnis dieser Konferenz ungenügend finden - und die englischen Minister waren die ersten, die betont haben, dass sie sich mit der dort nach monatelangen Kämpfen erzielten Kompromisslösung keineswegs zufrieden geben und sie nur als eine erste Etappe betrachten. Aber es war schon sehr viel, dass wenigstens das Wettrüsten gestoppt und sogar eine gewisse Einschränkung der bisherigen Rüstungen vereinbart werden konnte. Selbst dieses Ergebnis konnte nur dadurch erzielt werden, dass die Staatsmänner die Sache in die Hand nahmen und sie nicht mehr den "Sachverständigen" überliessen. In allen drei hauptbeteiligten Ländern, in England, in den Vereinigten Staaten und in Japan, veranstalteten die Admiräle einen Mordslärm gegen die "geradezu landesverräterischen" Zugeständnisse, die ihre Minister sich gegenseitig gemacht hatten. Doch die Regierungen setzten sich durch. Bereits beschlossene und in Auftrag gegebene Flotteneinheiten wurden wieder gestrichen und sogar vorhandene ältere Kriegsschiffe aus dem Dienst gezogen, z.T. abgewrackt und sie werden nicht ersetzt. Nun setzten die Admiräle aller Länder ihre letzte Hoffnung auf ein Wiederaufleben der französisch-italienischen Rivalität, weil im Falle eines weiteren Wettrüstens zwischen den beiden Mittelmeermächten die ganzen Londoner Vereinbarungen wieder ins Wanken geraten würden und das Wettrüsten zwischen Amerika, Japan und England wieder beginnen könnte. Daher das energische, persönliche Eingreifen Hendersons in Paris und Rom, dem, wenn nicht in letzter Minute neue Schwierigkeiten von Seiten Mussolinis auftauchen sollten was kaum mehr wahrscheinlich, in überraschend kurzer Zeit voller Erfolg beschieden worden ist. Wieder einmal ist dieses Ergebnis unter fast völliger Aus-

schaltung jener verhängnisvollen "Sachverständigen" erzielt worden, die ihre Lebensaufgabe darin zu erblicken scheinen, "technische" Einwände und Schwierigkeiten zu häufen, weil sie ein Berufsinteresse an der Verhinderung der Abrüstung haben.

In der Beseitigung dieser neuen Aufrüstungsgefahr, die vom Mittelmeer ausgegangen wäre und sich alsbald auf alle Erdteile erstreckt hätte, liegt die Bedeutung der Initiative Hendersons, weit mehr als in den technischen Einzelheiten des erzielten Kompromisses. Nun bestand die Besorgnis, dass England die Zustimmung Frankreichs nur durch Zugeständnisse an den französischen Standpunkt in den Problemen der Landabrüstung erkaufen konnte. Die Pariser Regierungspresse hatte sehr geschickt dafür Stimmung zu machen verstanden, dass eine französische Zustimmung zu den englischen Einigungsvorschlägen die Unterstützung der französischen Abrüstungsthese zu Lande durch England selbstverständlich voraussetze. Aber es scheint, dass Henderson sich auf keinerlei Versprechungen dieser Art eingelassen hat. Dieselbe französische Presse, die noch am Dienstag solche Gegenleistungen hochtrabend verlangte, schweigt sich jedenfalls am Mittwoch darüber völlig aus.

Wie schwer es sein wird, Frankreich auf der Weltabrüstungskonferenz zu einer vernünftigen Haltung zu bewegen, zumal solange der jetzige Rechtskurs gesteuert wird, das zeigt deutlich der Verlauf der Heeresbudgetdebatte, die in der französischen Deputiertenkammer am Dienstag begonnen hat. Die Zahlen, die der Berichterstatter Bouilloux-Laffont, offenbar im Auftrage der Regierung, vorgetragen hat, waren so verlogen, dass sie den heftigsten Protest nicht nur der Sozialisten, sondern der gesamten oppositionellen Linken hervorgerufen haben. Wenn man der Beweisführung dieses Taschenspielers Glauben schenken würde, dann hätte Frankreich auf dem Wege der Abrüstung bereits mehr geleistet als alle übrigen Völker: Seine Armee betrage nur noch 270 000 Mann, während die deutschen Kräfte schon 259 000 Mann zählten. Der gute Mann rechnet nämlich zu der Reichswehr ganz willkürlich die gesamte Schutzpolizei! Es fällt ihm natürlich nicht ein, etwa auch die französische Polizei, die republikanische Garde, die Gendarmerie hinzuzurechnen, lauter Formationen, die mindestens mit dem gleichen Recht als militärische Truppe angesehen werden könnten, wie unsre verkehrsgelinden Schupos. Er verschweigt, dass Frankreich allein an Berufssoldaten 106 000 Mann zählt, also mehr als die gesamte Reichswehr. Er verschweigt die Existenz einer Kolonialarmee von 170 000 Mann. Er verschweigt vor allem die Millionen von ausgebildeten Reserven, die zum Teil erst in den letzten Jahren die Kaserne verlassen haben und die zu regelmässigen Uebungen einberufen werden. Der Sozialist Chouffer, der Sozialrepublikaner Riffaterre, der Radikale Daladier haben dann nachgewiesen, dass nicht nur in Bezug auf die Offiziere und Mannschaften die Zahlen des Berichtstatters unwahr, sondern dass auch die Budgetziffern verschleiert sind und dass sie eine volle Milliarde Mark mehr ausmachen, als amtlich zugegeben wird. Es wird nun Aufgabe der deutschen Regierung sein, die unwahren Angaben, die in Bezug auf Deutschland vom Berichterstatter der Parlamentsmehrheit vorgetragen wurden, richtigzustellen und dabei auch noch die ungeheure technische Ueberlegenheit Frankreichs, vor allem auf dem Gebiet des Militärflughwesens, ins rechte Licht zu rücken.

Der Kriegsminister Maginot hat, wie bei diesem unverbesserlichen Nationalisten nicht anders zu erwarten war, eine geradezu offen abrüstungsfeindliche Rede gehalten. Dass er die deutsche These der Rüstungsgleichheit schroff zurückwies, ist bei ihm ebensowenig eine Ueberraschung, wie dass er das alte Argument anführte, Frankreich sei 1914 von Deutschland überfallen worden und müsse daher eine militärische Gleichberechtigung verweigern. Wir glauben zwar nicht, dass die volle Rüstungsgleichheit zwischen Frankreich und Deutschland schon auf der ersten Weltabrüstungskonferenz erreicht werden kann. (Erstrebenswert ist natürlich für uns nur die Angleichung nach unten, nicht nach oben.) Aber das Auftreten Maginots und Bouilloux-Laffonts zeigt, wie sehr man noch von jenem erträglichen Kompromiss entfernt ist, das man auf der Konferenz im nächsten Jahre erstreben muss. Es wird des stärksten Druckes der internationalen Arbeiterklasse bedürfen, um die Regierungen zu zwingen, ihre bisherige negative Haltung aufzugeben. Der Verlauf der Pariser Heeresdebatte beweist jedenfalls, dass die französischen Sozialisten ihre Pflicht erfüllen und sich nicht scheuen, die Unwahrhaftigkeit der Militaristen im eigenen Lande zu enthüllen.

SPD. Vor der letzten Reichstagswahl hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dittmann in einer Wahlversammlung in Striegau in Schlesien den vom deutschnationalen "Striegauer Anzeiger" nachgedruckten angeblichen Aufruf des Rats der Volksbeauftragten "An Alle" vom 9. November 1918 als Schwindel bezeichnet. Am Tage vor der Wahl brachte das deutschnationale Blatt einen Artikel "Und er ist doch echt", in dem es behauptete: "Nun, es wurde festgestellt: Das Originalmanuskript zu diesem Aufruf befindet sich im Archiv des Reichsinnenministeriums."

Dittmann bekam das Blatt mit dieser Behauptung erst wochenlang später zu Gesicht. Neuerdings hat das Blatt in einer Jahreschronik diese Behauptung wiederholt. Darauf sandte Dittmann den "Striegauer Anzeiger" vom 13/14. September 1930 an das Reichsinnenministerium mit der Bitte um Mitteilung, ob sich ein solches Manuskript im Archiv des Ministeriums befinde. Auf diese Anfrage hat Genosse Dittmann nunmehr am 21. Februar 1931 folgende Antwort erhalten:

"Unter Rückleitung der anliegenden Nr. 215 des Striegauer Anzeigers vom 13/14. September 1930 beehre ich mich mitzuteilen, dass nach den vorgenommenen Feststellungen weder im Reichsministerium des Innern noch im Reichsarchiv ein Originalmanuskript zu dem angeblichen Aufruf der Volksbeauftragten vorhanden ist.

Ferner erlaube ich mir noch folgendes zu bemerken: Unmöglich kann dieser Aufruf im damaligen Reichsamt des Innern oder einer anderen Zentralbehörde des Reichs auf Veranlassung des die Regierung führenden Rats der Volksbeauftragten (Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth) entstanden sein. Dieser Rat der Volksbeauftragten gab es am 9. November noch nicht. Der erste von ihm bekannt gewordene Aufruf datiert vom 12. November 1918 und hat ganz anderen Inhalt (z. vgl. Reichsgesetzbl. S. 1303).

Die Aufrufe, welche am 9. November erlassen und in den beim Reichsarchiv gesammelten Zeitungen aus jener Zeit abgedruckt sind, stammen von Prinz Max von Baden (Thronverzicht), Ebert (Uebernahme der Reichskanzlergeschäfte und Antritt der neuen Regierung), von der Sozialdemokratischen Partei (Erfüllung ihrer Forderungen), vom Arbeiter- und Soldatenrat (Generalstreik). Schliesslich gibt es noch einen von Ebert, Scheidemann und Landsberg unterzeichneten Aufruf: "Volksgenossen!"

Die Form des Aufrufs und die Anrede "An Alle" lässt vermuten, dass er den Aufrufen, welche die bolschewistischen Machthaber nach der siegreichen zweiten russischen Revolution im November 1917 erlassen haben, nachgeahmt ist. Er stellt eine ungewöhnlich plumpe Fälschung dar. gez. Wirth."

Also weder im Reichsinnenministerium noch im Reichsarchiv ist etwas von dem gefälschten Aufruf bekannt, und er wird vom Reichsinnenminister Dr. Wirth als eine "ungewöhnlich plumpe Fälschung" gebrandmarkt. Ueberall, wo er künftig wieder auftauchen sollte, können unsere Genossen ihn jetzt als amtlich entlarvten Schwindel kennzeichnen.

SPD. In einem Teil der Linkspresse, so im "Dortmunder General-Anzeiger", wird die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stark angegriffen, weil sie im Haushaltsausschuss des Reichstags gegen den kommunistischen Antrag gestimmt hat, der von dem Reichsminister des Innern die sofortige Aufhebung des Verbots des Remarque-Films fordert. Die Sozialdemokratie hat diesen Antrag abgelehnt, weil er sinnlos ist. Das Verbot des Remarque-Films beruht auf dem Urteil der Film-Oberprüfstelle, das von einem Minister so wenig aufgehoben werden kann wie ein anderes Gerichtsurteil. Der kommunistische Antrag ist also lediglich auf Irreführung Unwissender berechnet. Die sozialdemokratische Politik ist auf die Veränderung des Lichtspielgesetzes in einer Form gerichtet, die er-möglichst, dass der Remarque-Film wenigstens für Vorstellungen im geschlossenen Kreise erlaubt wird.

SPD. Vom 21. bis 23. Februar hielten grössere Abteilungen des Stahlhelms - es ist anscheinend der gesamte Jungstahlhelm von der Niederlausitz gewesen - eine grössere Uebung in der Grafschaft Solms-Sonnenwalde ab. Beobachtet wurde, dass die übenden Abteilungen biwakiert hatten und in Schwarmlinien aus den Wäldern kamen. Die Uebungen leitete der gräflich Solms'sche Rentmeister, ehemaliger Leutnant zur See Chapeaucan. Am 20. Februar, nachmittags gegen 5 Uhr erschien bei dem Gemeindevorsteher von Gross-Kraussnigk eine feldmarschmässig ausgerüstete Radfahr-Kompagnie des Stahlhelms und forderte von der Gemeinde Freiquartier und Verpflegung mit der Angabe, sie seien Reichswehr. Der Gemeindevorsteher lehnte dieses Ansinnen jedoch ab mit der Erklärung, er könne dem nur entsprechen, wenn er Anweisung vom Landrat Luckau hätte, was nicht der Fall wäre. Die Stahlhelmer zogen daraufhin ab in Richtung Wehnsdorf.

SPD. Lüneburg, 25. Februar (Eig. Drahtb.)  
Die Nationalsozialisten hielten gestern abend auf dem im Osten der Stadt gelegenen Tivoli eine Versammlung ab. Während der Redner sprach, suchte ein Stosstrupp von aussen her die Versammlung zu stören. Es handelte sich anscheinend um Kommunisten. In den angrenzenden Strassen standen überall Gruppen von Menschen. Die Polizei wehrte den Ueberfall ab. Dabei kam es zu einem Zusammenstoss, bei dem ein Polizeibeamter durch Steinwürfe verletzt wurde, einem anderen wurde der Helm eingedrückt. Auf dem Schützenplatz sah sich ein Beamter gezwungen, in der Dunkelheit von seiner Schusswaffe Gebrauch zu machen. Ein Polizeiaufgebot von über 20 Beamten säuberte schliesslich das ganze Stadtviertel und stellte gegen Mitternacht die Ruhe wieder her.

SPD. Königsberg, 25. Februar (Eig. Dr.)  
Am Sonntag fanden in Treuburg die Neuwahlen für das infolge Ungültigkeits-erklärung der vorigen Wahl aufgelöste Stadtparlament statt. Es erhielten :

SPD	568 Stimmen	=	4 Mandate
Bahl	379	"	2 "
NSDAP	667	"	4 "
KPD	360	"	2 "
Wirtschaftspartei	189	"	1 "
Bürgerblock	169	"	1 "
Handwerker	113	"	0 "
Beamte und Angestellte	458	"	3 "
	2934 Stimmen		17 Mandate.

Bei den Reichstagswahlen erhielt die SPD nur 503 Stimmen, konnte also ihre Stimmenzahl erheblich steigern. Katastrophal ist der Rückgang der Nazis, die bei der letzten Reichstagswahl 1011 Stimmen erhielten. Hinzuzurechnen sind ihnen auch noch so ziemlich die 824 deutschnationalen Stimmen, deren Liste ungültig erklärt wurde. Also ein kolossaler Rückgang der Nationalsozialisten!

SPD. New York, 25. Februar (Eig. Dr.)  
Im führenden Presseverlage "New York World" steht ein Besitzwechsel unmittelbar bevor. Um den Erwerb der bedeutenden Tageszeitung bemühen sich der liberale Scrippshoward Zeitungs-Trust und andre Pressegruppen. Die "New York World" arbeitet seit Jahren mit Riesenverlusten und hat allein im letzten Jahr 2 Millionen Dollar eingebüsst. Nach dem Testament des Begründers der Zeitung Pulitzer ist eine Besitzveränderung von der Entscheidung des Erbschaftsrichters abhängig. Der Besitzwechsel berührt 2900 langjährige Angestellte.

SPD. In einem Artikel, der am 4. Januar 1931 in der nordamerikanischen Presse erschien, hatte Genosse Müller-Franken unter anderem darauf hingewiesen dass die Sozialdemokratie und das Zentrum sich seit Beendigung des Weltkrieges für die Politik der moralischen Abrüstung eingesetzt hätten. Der "Völkische Beobachter" hatte das, wie der "Vorwärts" am 31. Januar feststellte, in "moralische Entwaffnung Deutschlands" umgefälscht. Der "Völkische Beobachter" gibt am 25. Februar die Einschaltung des Wortes Deutschland endlich zu, behauptet aber unter Berufung auf einen Artikel der in deutscher Sprache in Buenos Aires erscheinenden La Plata-Zeitung dazu ein Recht gehabt zu haben, denn Hermann Müller habe jetzt in der in Buenos Aires erscheinenden "Nacion" geschrieben: "Mit der moralischen Abrüstung, die Erzberger so grundehrlich in die Wege geleitet habe, wäre es zu Ende und Deutschland würde wieder rüsten."

Das ist eine neue Fälschung. Der Artikel der "Nacion", auf den sich das auslandsdeutsche Hetzorgan in Buenos Aires bezieht, ist nämlich nur eine in Amerika vorgenommene Uebersetzung des Artikels vom 4. Januar aus dem Englischen ins Spanische.

Interessant ist übrigens, dass der "Völkische Beobachter" behauptet, Hermann Müller verlästere den Freiheitswillen des erwachenden Deutschlands als Kriegstreiberei gegen das Ausland.

-----

SPD. Im Ausschuss für den Reichshaushalt verlangte bei Beratung des Etats des Reichstages der evangelische Theologe Abg. Strathmann (Christl. Soz. Vd.) die Beseitigung des Bülowbildes aus dem Sitzungssaal des Reichsrats. Die Beseitigung solle eine symbolische Handlung sein.

Löbe (Soz) weist als Vertreter des Reichstagshaushalts darauf hin, dass seit 1913 der frühere Reichskanzler Bülow ein weiteres, von Lenbach gemaltes Portrait, dem Reichstage vermacht habe. Nach dem Tode Bülows werde die Uebernahme auch jenes Bildes jetzt aktuell.

Abg. Müller-Franken (Soz) meinte, der Reichskanzler Bülow habe immer mit der Wahrheit auf gespanntem Fusse gelebt, das sei aber längst bekannt gewesen.

Abg. Heinig (Soz) sprach über die notwendige Regelung der Haftbarkeit von Reichstagsabgeordneten, die als Aufsichtsräte in reichseigene Gesellschaften entsandt werden.

Frau Bohm-Schuch (Soz) erläuterte die Notwendigkeit, die über 12 Jahre tätigen weiblichen Arbeitskräfte des Reichstages endlich ins Beamtenverhältnis zu überführen.

Danach begann der Haushaltsausschuss mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes. Der Mitberichterstatter Dr. Breitscheid sprach zuerst über den Wechsel in der Etatsabteilung des Auswärtigen Amtes, der dringend notwendig war, dann über die Unmöglichkeit, die Auslandsbeamten in ihren Bezügen so weit zu kürzen, dass derartige Posten nur noch für reiche Leute übrig bleiben. Der auswärtige Dienst dürfe nicht wieder ein Reservat für die Besitzenden werden. Falsche Sparsamkeit und sozial bedenklich sei es, Angestellte auf Privatsdienstvertrag jetzt plötzlich zu entlassen.

Z. Zeit seien noch 62 Aussenbeamte im Ministerium in Berlin beschäftigt, man habe das in früheren Jahren so eingefädelt, um Geld für Sachausgaben zu ersparen. Hier müsse jetzt Ordnung geschaffen werden. Wahrscheinlich brauchte man jene 62 Beamte im Auslande zum erheblichen Teil überhaupt nicht mehr.

Nachdem im Plenum bei der ersten Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes die grossen politischen Fragen schon erörtert worden seien, machte Breitscheid nur noch einige Bemerkungen über die merkwürdige Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der Filmprüfung und über eine eigenartige Reichsgründungsfeier der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm. Der Legationsrat von Bismarck hat den Stahlhelm als Erneuerer Deutschlands gefeiert, das gehöre sich nicht für einen Beamten des Auswärtigen Amtes.



SPD. In der Sitzung des Kriegsbeschädigten-Ausschusses vom 25.d.M. wurde eine grosse Anzahl von Petitionen von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erledigt. Am Schluss der Sitzung teilte der Vorsitzende Abg. Mumm (Christl.Soz.) mit, dass er sich genötigt sehe, für Petitionen, die er Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion und der Fraktion der Nationalsozialisten zur Behandlung zugeschrieben hatte, Korreferenten aus anderen Fraktionen zu bestellen, damit die Behandlung der Wünsche der Gesuchsteller nicht notleide.

Abg. Rossmann (Soz) dankte dem Vorsitzenden für die im Interesse der Gesuchsteller in Aussicht genommene Massregel, bat jedoch, sie dahin auszudehnen dass alle noch im Besitz von Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion und der nationalsozialistischen Fraktion befindlichen Eingaben von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zurückgefordert und Mitgliedern anderer Fraktionen zur Bearbeitung übergeben würden, denn es sei nicht angängig, dass Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die ihre letzte Hoffnung auf den Reichstag setzten, unter den politischen Manövern dieser Fraktionen zu leiden hätten. Er bitte ausserdem um Feststellung, um wieviel Eingaben es sich handelt damit man die Mehrarbeit beurteilen könne, die anderen Fraktionen dadurch entstehe, dass sich eine grosse Zahl von Mitgliedern des Reichstages ihren gesetzlichen und verfassungsmässigen Pflichten entziehe. Seine Freunde lehnten es ab sich für die Uebernahme dieser Mehrarbeit in der Öffentlichkeit auch noch als Diätenkassierer für parlamentarische Faulenzerei beschimpfen zu lassen.

Der Vorsitzende sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

---

SPD. Der vom Reichsrat bereits genehmigte Gesetzentwurf gegen Waffenmissbrauch ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Er erhebt die in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom Juli v.Js. enthaltenen Bestimmungen, die den unberechtigten Besitz von Hieb- und Stosswaffen und das bewaffnete öffentliche Auftreten mit Strafe, und zwar im allgemeinen mit Gefängnis bedrohen und die nur bis Ende März d.J. Geltung haben sollten, zum Gesetz.

Der Reichswirtschafts- und der Reichsfinanzminister haben dem Reichstag jetzt den Gesetzentwurf zugeleitet, der die Zustimmung zum Genfer Handelsabkommen vom 24.März 1930 ausspricht. Nach der dem Abkommen beigegebenen Begründung kommt von den Verpflichtungen, die Deutschland zu übernehmen hat, die grösste Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Änderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechtes betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Zollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzukündigen und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann, wie in der Begründung hervorgehoben wird, zu Unzuträglichkeiten kaum Anlass geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, dass auch die Verhandlungspflicht entfällt. Das im Falle von Zollerhöhungen den betreffenden Staaten zustehende Kündigungsrecht ist daher die einzige unbedingt eintretende Folge von Zollerhöhungen.

---

SPD. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages genehmigte am Mittwoch den Handelsvertrag mit dem Freistaat Irland und das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag.

Dann beschäftigte sich der Ausschuss mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Wiedereinführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Vom Abg. Dr. Dessauer (Ztr) war ein Antrag vorbereitet worden, der die zollfreie Gefrierfleisch einfuhr nur dann zulassen will, wenn der durchschnittliche Frischfleischpreis bis zu einem bestimmten Stichtag über eine gewisse Höhe steigt.

Da aber die Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei erklärten, ihre Fraktionen hätten sich mit der ganzen Frage noch nicht beschäftigen können, wurde die weitere Beratung bis Donnerstag früh vertagt.

---

SPD. Braunschweig, 25. Februar (Eig. Dr.)

Herr Franzen erlässt eine amtliche Erklärung, in der er die ungeheuerlichen Vorgänge beim Hitlerbesuch zugibt. Die Erklärung lautet :

"In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr nahm der Polizeiminister Franzen Veranlassung, sich bei den Führern des am Börsenhotel eingesetzten Polizeikommandos nach der Lage zu erkundigen, ferner darüber, wo die nationalsozialistische Gauleitung untergebracht und wo Herr Hitler abgestiegen war. Beide Offiziere wiesen darauf hin, dass alles ruhig sei, Sie fragten den Minister, ob er gestatte, dass sie mit ihren Leuten zur Unterkunft abrückten, der Strassendienst könne durch einige Streifen versehen werden. Dr. Franzen erteilte seine Zustimmung und begab sich mit zur Unterkunft. Nach seiner Rückkehr wurde dem Minister am Börsenhotel mitgeteilt, dass ein Polizeibeamter in der Zwischenzeit ohne triftigen Grund (!) blank gezogen hätte. Am Sonntag vormittag hat der Minister zur Vermeidung weiterer Komplikationen (!) veranlasst, dass der betreffende Polizeioberwachmeister an diesem Tage nicht zum Strassendienst herangezogen würde (!). Die Ermittlungen über den Vorfall sind noch nicht abgeschlossen."

Gegen Herrn Franzen schwebt bekanntlich bereits ein Verfahren wegen Begünstigung, ausserdem hat das Oberlandesgericht in Braunschweig ihm bescheinigt, dass er Berliner Polizeibeamte belogen hat.

---

SPD. Wie jetzt bekannt wird, hatte Hugenberg während der Agrarrede Schielles drei Horchposten im Reichstag. Diese drei deutschnationalen Reichstagsabgeordneten wagten sich jedoch nicht in den Plenarsaal, sie sassen inkognito auf der Publikumstribüne.

---

SPD. Stuttgart, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Untersuchungsrichter in dem Prozess gegen Dr. Friedrich Wolf hat soeben die Freilassung des Verhafteten gegen eine Kaution von 25 000 Mark verfügt. Die Haftentlassung wird voraussichtlich noch am Mittwoch-Abend stattfinden.

---

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die erste europäische Landwirtschaftskonferenz, die sich mit dem Absatz der Ernterückstände zu beschäftigen hatte, hat ihre Arbeiten am Mittwoch erfolgreich mit der Unterzeichnung eines Schlussprotokolls abgeschlossen. Dieses Protokoll enthält zwei Entschliessungen: die erste, die sich auf die Weizenvorräte bezieht, stellt fest, dass die vorhandenen Ernterückstände nur einen kleinen Teil des europäischen Bedarfs ausmachen, und dass die Einfuhrländer sich ausnahmslos bereit erklärt haben, diese Bestände aufzunehmen. Die Konferenz habe so die Gewissheit, dass die unverkäuflich gebliebene Ernte in kurzer Frist abgesetzt sein werde. Angesichts der Verschiedenheit der Fälle aber sei der Abschluss von Kaufverträgen und die Festsetzung der Preise den interessierten Ländern direkt vorbehalten. Die zweite Entschliessung befasst sich mit dem Absatz von Mais und Gerste. Auch hier seien die Bestände geringer als der Jahresbedarf Europas, auch hier hätten sich die Einfuhrländer zum Ankauf bereit erklärt, und es seien schon jetzt grössere Kaufabschlüsse getätigt worden oder

noch im Stadium der Verhandlungen.

Für die Unterzeichnung des Schlussprotokolls ist den Konferenzteilnehmern eine Frist von mehreren Tagen gelassen worden. Während die Mehrzahl der Unterschriften sofort geleistet wurde wollten andere, so vor allem die englischen Unterhändler, vorher noch die Zustimmung ihrer Regierung einholen.

Von deutscher Seite wird zu dem Konferenzergebnis erklärt, dass auch Deutschland trotz seiner eigenen Krise und trotz seiner starken Rückstände aus der letztjährigen Roggenernte sich bereit erklärt habe, im Rahmen seiner Möglichkeiten am Ankauf der überschüssigen Erntevorräte mitzuwirken. Es seien schon Kaufverhandlungen mit mehreren Donaustaaten eingeleitet worden.

---

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In der parlamentarischen Untersuchungskommission im Oustric-Skandal sind am Mittwoch Dokumente zur Verlesung gekommen, die angesichts ihres schwer belastenden Charakters für den einstigen Justizminister Peret unter den Kommissionsmitgliedern grosse Erregung hervorgerufen haben. Es handelt sich um ein Protokoll, das eine Unterredung wiedergibt, die der Nachfolger Perets, Justizminister Chéron mit dem Generalstaatsanwalt nach dem Rücktritt Perets hatte, zu dem Zwecke, sich in der Affäre genau zu instruieren. Aus diesem Protokoll geht hervor, dass der Generalstaatsanwalt schon am 21. Oktober beim Justizminister Peret erschienen war, um ihm Mitteilung davon zu machen, dass die Verhaftung des Bankiers Oustric bevorstehe. Zehn Tage später wurde der Generalstaatsanwalt zum Justizminister Peret geladen, der ihm erklärte, dass er das Dossier Oustric genau durchgesehen habe und nach Rücksprache mit dem damaligen Finanzminister Reynaud zu der Ueberzeugung gekommen sei, dass ein Grund zur Verhaftung nicht vorliege. Weitere zehn Tage später, am 1. November, ist dann das groteske Polizeiverfahren gegen die Baissiers an der Pariser Börse eröffnet worden.

Des weiteren hat die Kommission einige Aufsichtsratsmitglieder der der Oustric-Bank angeschlossenen Konzerngesellschaften vernommen. Es ist hierbei festgestellt worden, dass der ehemalige Unterstaatssekretär für öffentliche Arbeiten Falcoz von der französischen Filiale der Ford-Automobilgesellschaft ein jährliches Gehalt von 100 000 Franken und von der Linoleum-Gesellschaft Salpa 30 000 Franken empfing.

---

SPD. München, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Brief des Reichspräsidenten Hindenburg, in dem die Deutschnationalen wegen ihres Auszuges aus dem Reichstag gerüffelt wurden, hat auch bei den Nazis Verwirrung angerichtet. Um die Wirkung dieses Briefes auf die Kritiker in der eigenen Partei abzuschwächen, unternahm es Hitler in einer Münchener Versammlung, dem Reichspräsidenten zu unterstellen, dass er diesen Brief wahrscheinlich garnicht selbst geschrieben habe. Hindenburg sei gar kein politischer Lenker, sondern werde selbst gelenkt. Seine Stellungnahme nutze nicht dem Deutschen Volk, sondern nur einer Regierung, die zu Zweidritteln eine Politik mit dem Marxismus mache. Deshalb gelte auch hier das Wort: "Mitgegangen, mitgefangen" (die richtige Zitierung des Sprichwortes "Mitgefangen - mitgehungen" unterliess der tapfere Herr Hitler offenbar in Erinnerung an das Republikschutzgesetz). Der Reichspräsident hoffe vergeblich, dass die nationale Opposition seine Politik retten werde, denn er dürfe nicht vergessen, dass diese Opposition überhaupt nur da sei, weil sie sich nicht der Wege Hindenburgs bedient habe, sondern gegen ihn entstanden sei. Die Nationalsozialisten lehnten ein für alle Mal die Versuche des Reichspräsidenten ab, sich zum Hilfsdienst für die heutige Regierung heranziehen zu lassen.



Die Versammlung, die fast zur Hälfte aus weiblichen Hitler-Anhängern bestand, erklärte sich durch stürmischen Beifall mit dieser Apostrophierung des Reichspräsidenten einverstanden.

SPD. Warschau, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Sejm begann am Mittwoch die Ausschussberatung über den deutschpolnischen Handelsvertrag. Unerwarteter Weise übte der Referent, ein Regierungsabgeordneter, scharfe Kritik an dem Vertrag, der seiner Meinung nach unter den gegenwärtigen Umständen nicht die Vorteile der polnischen Wirtschaft biete, die bei der Unterzeichnung zu erwarten waren. Zweifellos steht die Haltung des Referenten, wie auch von amtlicher Seite mitgeteilt wird, mit den angekündigten neuen Schiele-Zöllen im Zusammenhang. Der Referent stellte aber nicht den Antrag auf Ablehnung der Regierungsvorlage, sondern behielt sich einen neuen Antrag auf Hinausschiebung des Ratifizierungstermins nach Einbringung beider Erklärungen durch die Regierung vor.

Der Leiter der polnischen Handelsvertragsdelegation Minister Twardowski, der den Handelsvertrag mit dem verstorbenen Gesandten Rauscher paraphiert hatte, verteidigte sein Werk, das keine Zollbindungen enthalte und nur auf kurze Frist bemessen sei und daher der gegenwärtigen Wirtschaftslage am besten gerecht werde.

Ein Regierungsvertreter hielt darauf den Regierungsantrag noch formell anrecht. Zwei nationaldemokratische Redner wandten sich gegen den Handelsvertrag, wobei sie besonders auf die angeblichen Gefahren der Niederlassungsklausel hinwiesen, die eine starke Rückwanderung von Deutschen in die ehemals preussischen Teilgebiete ermögliche. Auch die Vorteile des Handelsvertrages für Polen wurden von ihnen sehr stark angezweifelt. Ihnen schloss sich auch der Vertreter der oppositionellen polnischen Bauernfraktion an, die die Vorteile des Vertrages für die polnische Landwirtschaft für so gering hält, dass sie dagegen zu stimmen beabsichtigt.

Unter diesen Umständen ist es zweifelhaft, ob es der Regierung gelingen wird ihre Vorlage noch im Laufe der kommenden Woche durchzubringen. Voraussichtlich dürfte man hier die weitere Entwicklung der Schiele-Pläne abwarten, die die polnische nationalistische Presse schon jetzt zu einem neuen Feldzug gegen den Handelsvertrag ausbeutet.

SPD. Wie berechtigt die kürzliche Beschwerde des Bochumer Polizeipräsidenten über die Handhabung der Justiz in Sachen der Nationalsozialisten war, zeigt ein neuerlicher Vorfall, der sich anlässlich einer sicherheitspolizeilichen Besprechung in der Westfalenhalle in Dortmund für eine Goebbel'sche Kundgebung ereignete. Vertreter des Polizeipräsidiams Dortmund prüften, ob die zwischen dem Regierungspräsidenten in Arnsberg und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP Dortmund vereinbarten sicherheitspolizeilichen Notwendigkeiten erfüllt worden seien. Als die Kommission Beanstandungen zu machen hatte, wurde sie wiederholt von einem Gerichtsassessor Stockheck vom Landgericht Dortmund erregt angefahren, sodass die Kommission die Verhandlungen abubrechen genötigt war. Der famose Gerichtsassessor, der seinen Urlaub zur Anfertigung seiner Doktorarbeit anscheinend mit eifrigster Betätigung für die NSDAP ausfüllt, zeigte sich rabiater als der NSDAP-Führer selbst, der schliesslich trotz des dauernden Dazwischenredens Stockhecks die Anordnungen der Polizei befolgte. Dass ein Gerichtsassessor es wagt, der Polizei entgegenzutreten und Anordnungen des Regierungspräsidenten in frechster Weise zu kritisieren, wirft ein bedenkliches Licht auf die Justizpflege.

SPD. Warschau, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In einem politischen Prozess in Czenstochau wurden am Mittwoch zwei polnische Sozialisten zu je 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Sie waren angeklagt, an einem Ueberfall eines Sozialisten auf einen Parlamentskandidaten der Pilsudski-Partei beteiligt gewesen zu sein, bei dem drei Personen getötet worden waren und der Schuldige auf der Stelle Selbstmord begangen hatte. Die Tat war die direkte Folge der ungeheuren Hetzpolitik der Pilsudski-Partei gegen die Sozialisten. Am Vortage waren damals von Pilsudski-Anhängern die Fahnen der sozialistischen Partei in Czenstochau verbrannt worden. Die beiden jetzt verurteilten Sozialisten leugneten während der ganzen Verhandlung ihre Beteiligung.

SPD. Köln, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Wie das Kölner Parteibüro mitteilt, haben die Jungsozialisten Kölns in einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen, die Tätigkeit der Gruppe einzustellen und die Gruppe als aufgelöst zu betrachten.

SPD. Stuttgart, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Im württembergischen Landtag begründete Abg. Steinmayer am Mittwoch die sozialdemokratische Anfrage wegen des brutalen Ueberfalls von Reichsbannerleuten durch Nationalsozialisten in Stuttgart in der Nacht zum Montag. Er kennzeichnete an Hand von Beispielen den unerhörten Terror, mit dem die Nationalsozialisten schon seit Jahren im Lande auftreten und wies nach, dass eine ganze Reihe von Vorgängen schon seit dem Jahre 1923 gar nicht möglich gewesen wäre, wenn sich die Nationalsozialisten nicht mindestens einer wohlwollenden Duldung durch eine Anzahl hoher Polizeibeamten zu erfreuen gehabt hätten. Er ging dann auf die Einzelheiten des Ueberfalls in Stuttgart ein, über den der Polizeibericht eine zweifellos zugunsten der Nationalsozialisten gefärbte Darstellung gegeben hätte. In krassestem Widerspruch dazu hätte der Bericht eines Augenzeugen gestanden, den das württembergische Zentrumsorgan gebracht hätte. Der Redner verlangte vom Minister, dass er feststelle, wie solche Berichte zustandekommen und dass er die auf republikanischem Boden stehenden Polizeibeamten schütze gegen anders eingestellte Vorgesetzte, deren Haltung lähmend auf die Tätigkeit der Exekutivorgane einwirke. Die Sozialdemokratie wolle mitarbeiten an der Wiederherstellung anderer Sitten im politischen Leben, aber sie verlange, dass die Polizei aktiv werde gegen den Terror und diejenigen schütze, die Auseinandersetzungen auf geistigem Boden zu führen beabsichtigen.

Staatspräsident Bolz erwiderte hierauf, nachdem er vorher noch auf andere politische Fragen eingegangen war, die in der Debatte eine Rolle gespielt hatten, dass die Regierung die Entwicklung der einzelnen Bewegungen beobachte, über ihre Stärke im Bilde sei und für jeden Fall gerüstet dastehe. Wenn sie bisher eine gewisse Freiheit der Betätigung zugelassen habe; so geschah es aus dem Gefühl der Kraft, die Dinge meistern zu können. Infolge des Vorkommens von Ausschreitungen mit Waffen werden die Besucher von Versammlungen dort bei begründetem Vorliegen auf Waffen durchsucht. In einem Falle bestehe der Verdacht dass die Waffen nach der Durchsuchung auf Schleichwegen in die Versammlung gebracht worden seien. Er beabsichtige jetzt mit einem Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vorzugehen, da es so nicht weitergehen könne. Der Anmarsch geschlossener Formationen gefährde vielfach den freidlichen Verlauf der Versammlungen. Bisher habe er Organisationen rechts und links geduldet. Er behalte sich aber vor nachzuprüfen, ob ihr Bestand und ihre Tätigkeit nicht den Gesetzen zuwiderlaufen. Ein Verbot der Organisationen und des Uniformtragens überhaupt müsste, wenn es wirksam sein solle, einheitlich für das ganze Reich gegroffen werden. Im Stuttgarter Fall möchte er sich zurzeit auf

die Schuldfrage nicht einlassen, da ihm noch kein eingehender Bericht vorliege. Den Vorwurf, dass republikanisch gesinnten Beamten Schwierigkeiten bereitet würden, weise er zurück. Beamte, die sich extrem radikal betätigen wollten, würden rücksichtslos aus der Polizei hinausgeworfen. Er habe die Gewissheit, dass seinen Befehlen jederzeit Folge geleistet werden würde.

Zum Schluss wandte sich der Staatspräsident gegen die Nationalsozialisten selbst. Die Frage, ob der im Lande agitierende tschechoslowakische Staatsangehörige Magnus Werner nicht wegen Missbrauch des Gastrechts auszuweisen sei, werde von der Polizei geprüft werden. Er habe das Vertrauen, dass die Bevölkerung eines Tages nach den nationalsozialistischen Sprechern gar nicht mehr hinhören würde, da die Nationalsozialisten nur alle anderen schlecht machen und herunterreißen, aber gar nicht sagen können was sie selbst eigentlich wollen. Von einer solchen Bewegung werde sich das deutsche und ganz besonders das schwäbische Volk wieder abwenden.

SPD. Stuttgart, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Führer Jakob Mayer in Heilbronn hatte den sozialdemokratischen Redakteuren des "Neckar-Echo", Reichstagsabg. Ulrich und Stadtrat Lukas Müller den Vorwurf gemacht, Landesverrat begangen zu haben, und war trotz schwerer Beleidigung vom Amtsgericht Heilbronn freigesprochen worden. Auf die von den Klägern eingelegte Berufung hat die Strafkammer dieses Urteil aufgehoben und den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heisst es bezeichnenderweise, dass man von einer Gefängnisstrafe trotz der schweren Beleidigung abgesehen habe, weil der Angeklagte Mayer ein junger Mensch und ohne Zweifel eine politisch unreife Persönlichkeit sei. Er hatte bei Kriegsausbruch das Alter von sieben Jahren, ist also der rechte Mann, anderen Brückebergerei und Landesverrat während des Krieges vorzuwerfen und jetzt als Repräsentant des Frontsoldatentums aufzutreten.

SPD. Wien, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Kundgebungen der Kommunisten nahmen in Wien einen kläglichsten Verlauf. Etwa 5 000 Personen zogen mit Standarten und roten Fahnen über die Ringstrasse nach dem Freiheitsplatz. Vor dem Parlamentsgebäude brachten die Demonstranten Pfui-Rufe gegen die Abgeordneten aus. Am Freiheitsplatz fand eine Versammlung statt. Beim Abmarsch kam es zu einem kleinen Zusammenstoß mit der Polizei, die von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machte. Auch im übrigen Österreich ist es nirgends zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen. In Leoben, wo die Polizei die Versammlung verboten hatte, kam es zu einem Zwischenfall. Die Polizei machte hier von ihren Säbeln Gebrauch und verhaftete einige Kommunisten.

SPD. Genf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

England hat dem Internationalen Arbeitsamt die Ratifizierung der Konvention über die obligatorische Krankenversicherung der Industrie-, der Handels- und der landwirtschaftlichen Arbeiter, sowie der Hausangestellten mitgeteilt. Im ganzen haben diese Konvention nun zehn Staaten ratifiziert, darunter auch Deutschland.

SPD. Genf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der neue Präsident des Danziger Senats Dr. Ziehm wird am Montag, den 2. März dem Völkerbundssekretariat einen Besuch abstatten und vom Generalsekre-

tär empfangen werden. Ziehm wird sich dabei auch über den Stand der Verhandlungen des Juristenkomitees orientieren, das ein Gutachten abgeben wird über die Frage, ob die Entscheidung des hohen Kommissars von 1921 über die volle Ausnutzung des Danziger Hafens eine Verpflichtung oder nur eine Empfehlung darstelle. Soweit bis jetzt bekannt wurde, wird das Gutachten im Sinne der ersteren Auffassung ausfallen, doch ist das Komitee noch mit der Ausarbeitung des Wortlauts beschäftigt.

SPD. Genf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf den persönlichen Wunsch Mussolinis wurde Volpi, der zusammen mit Dumini den sozialistischen Abg. Matteotti ermordet hat, von der Staatsverwaltung zum Direktor der Mailänder städtischen Magazine ernannt. Volpi hatte in einem Brief Mussolini an seine Verdienste um das Regime erinnert. Der Duce hat sich daraufhin erkenntlich gezeigt. Diese Ernennung hat die Bevölkerung Mailands in begreifliche Erregung versetzt.

SPD. Kopenhagen, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

In Kopenhagen demonstrieren am Mittwoch 3 000 Erwerbslose, die unter Vorantritt einer Schar Studenten durch die Strassen in völliger Ordnung marschierten. Alles verblieb ruhig, mit Ausnahme einiger zertrümmerter Scheiben. Auch in grossen Provinzstädten ist alles ruhig verlaufen.

SPD. Rom, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der englische Aussenminister Henderson und der erste Lord der Admiralität Alexander sind in Begleitung der Sachverständigen Craigie am Mittwoch-Abend 19,45 Uhr von Paris kommend in Rom eingetroffen. Sie wurden von Aussenminister Grandi neben dem englischen Botschafter am Bahnhof empfangen und trafen die ersten Verabredungen für die wichtigen Verhandlungen, die für Donnerstag-Vormittag im Auswärtigen Amt angesetzt wurden.

Die italienische Presse beschränkt sich im wesentlichen auf die spaltenlangen Kommentare der Pariser und Londoner Presse und ist selbst sehr zurückhaltend mit der Begründung, dass man den Tatsachen nicht vorgreifen dürfe. Im übrigen herrscht gegenüber den Londoner Gästen die Erwartung hoffnungsvoller Herzlichkeit vor.

SPD. Genf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der demokratische Genfer Nationalrat Rochaix hat für die Frühjahrstagung des Bundesparlaments einen Antrag eingebracht, wonach die Schweiz als Sitz der Abrüstungskommission unäusweichlich beispielgebende Verpflichtungen habe. Die Regierung solle also prüfen: 1. eine Geste im voraus zu machen durch Senkung der eigenen Militärausgaben, 2. einen Teil der so erzielten Ersparnisse zur Vorbereitung der Konferenz zu verwenden, 3. für 1932 auf die Landwehrkurse und die grossen Manöver zu verzichten, 4. mit dem Haushalt für 1932 ein Gesetz einzubringen, durch das der Bundesregierung und dem Kanton Genf eine Summe zur Vorbereitung der Konferenz und der Rest der Ersparnisse dem Fonds der Altersversicherung überwiesen werde.

SPD. Genf, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Seidenspinner von Caccivio in Oberitalien haben einen bedeutenden Erfolg errungen. Sie standen im Streik gegen die Unternehmer wegen einer Lohnherabsetzung. Militär hatte sie angegriffen und etwa 30 Arbeiter nach Como ins Gefängnis geschleppt. Wegen der starken sozialistischen Agitation hat nun die Regierung den Unternehmern die Lohnherabsetzung verboten. Die Gefangenen werden entlassen und es finden keinerlei Massregelungen statt.

SPD. München, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der sogenannte Welterwerbslosentag der Kommunisten machte sich in München erst in den Abendstunden bemerkbar. Im Gärtnerplatzviertel demonstrierten in verschiedenen Zügen einige Tausend Kommunisten, die die anrückende Polizei mit Steinen und Eisstücken bewaffnet. Es gelang aber nach kurzer Zeit, die Kommunisten zu vertreiben. Zwei Personen wurden verhaftet. Aus Furcht vor Ausschreitungen hatten die Geschäftsleute dieses Viertels ihre Läden geschlossen. Auch eine Betriebsversammlung kommunistischer Eisenbahner wurde von der Polizei aufgelöst.

SPD. Prag, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische "Rote Tag" verlief in Prag, und nach bisher eingetroffenen Nachrichten, in ganz Böhmen in vollkommener Ruhe. In den Prager Hauptstrassen war zahlreiche Polizei- und Gendarmeriebeamte aufgeboden. Die Post und andere öffentliche Gebäude waren von Gendarmen bewacht. Einige Gruppen von Kommunisten spazierten ruhig auf dem Wenzelsplatz und gaben keinen Anlass zum Einschreiten. Der "Rote Tag" ist zu einer neuen Niederlage und Blamage der Kommunistischen Partei geworden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 25. Febr. (Eig. Ber.)

Die Reichstagssitzung am Mittwoch wurde durch eine Rede des kommunistischen Abgeordneten Schröter eingeleitet, der die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrags verlangte. Dieser Antrag fordert die Zurückziehung der Polizei von den Strassen Berlins und die Aufhebung des Demonstrationsverbotes gegen die Kommunistische Partei. Der Antrag wurde nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil aus der Mitte dagegen Widerspruch erhoben wurde.

Es wurde dann weiter der Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft debattiert. Der christlichsoziale Abgeordnete Renken meinte, dass die Bauern mit den Arbeitern gemeinsam gegen den Lohnabbau stehen sollten. Er hat also begriffen, dass starke Kaufkraft der Massen auch der Landwirtschaft zugute kommt. Im übrigen aber segelte der Redner ganz in den Bahnen einer Hochschutzzpolitik. Die Interessen des Mittelstandes vertrat wieder einmal der Wirtschaftsparteiler Freybe, so wie er es versteht. Die ganze Rede war gegen die Mittelstandsinteressen gerichtet. Er warnte vor sozialistischen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik. Wir ständen im Entscheidungskampfe zwischen freier Wirtschaft und gebundener Wirtschaft. Der Mittelstand müsse ganz auf der Seite der freien Wirtschaft stehen. Herr Freybe ist nicht fähig, zu begreifen, dass der Hochkapitalismus sich bis ins Letzte organisiert hat und unter seiner Zwangswirtschaft der Mittelstand ganz anders leidet als unter der gar nicht mehr vorhandenen staatlichen Zwangswirtschaft. Der bayerische Bauernbündler Dr. Fehr musste die sachkundigen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Tempel anerkennen. Er polemisierte aber gegen dessen Berechnungen über die Höhe der Subventionierungen durch Zölle an die Landwirtschaft. Würde man, so meinte Dr. Fehr, so rechnen, so müsse man auch sagen, dass jeder Käufer eines deutschen Automobils dieser Industrie 1 500 Mark Subventionen gebe. Ebenso subventioniert jeder Käufer eines Anzuges die deutsche Textilindustrie. Die Reichssubventionen für die Landwirtschaft betrügen nur 36 Millionen Mark in diesem Haushalt. Dr. Fehr aber vergas die Hunderte von Millionen Mark aus den Länderetats hinzuzurechnen. Er verwies auf Nordamerika, das durch sein Farmergesetz Hunderte von Millionen für die Landwirtschaft zur Verfügung stelle. Als er ausführte, die Sozialdemokratie habe ihr früheres Dogma unbedingten Festhaltens am Freihandel aufgegeben, wurde er durch zahlreiche sozialdemokratische Zwischenrufe darauf aufmerksam gemacht, dass die Sozialdemokratie niemals grundsätzlich freihändlerisch gewesen ist. Der Kommunist Hoernle sagte, dass der Preisabbau bestenfalls 50 Pfennig pro Woche und Familie bedeute, der Lohnabbau dagegen acht Mark. Die von Dr. Fehr vorgetragenen russischen Lebensmittelpreise hätten nur für die wenigen Nichtstuer und die ausländischen Handelsleute, die auf dem freien Markt kaufen, Bedeutung, aber nicht für die Versorgung der russischen Arbeiterschaft. Der Weizenpreis werde in Deutschland künstlich auf der dreifachen Höhe des Preises viel besseren Weizens aus Kanada und den Vereinigten Staaten im Hamburger Freihafen gehalten. Dann erging sich Hoernle in heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie und die Grosseinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften. Der Deutsche Volksparteiler Meyer zu Belm sprach sich ganz im Sinne des Reichsernährungsministers Schiele aus. Er äusserte sich gegen ein Reichsmonopol auf Südfrüchte. Der Deutsche Bauernparteilicher Hillebrand-Schlesien führte den Nachweis, dass Zölle nicht unbedingt preissteigernd zu wirken brauchen. In den späteren Nachmittagsstunden kam einer der jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Dobbert-Meissen zum Worte. Er ist aus unserer Jugendbewegung hervorgegangen und seine parlamentarische Jungferrede lässt tüchtige Leistungen von ihm erwarten. Bei grosser Sachlichkeit und lebhaftem Vortrag gelang es ihm, das Ohr des Hauses zu gewinnen. Er meinte, die Sozialdemokratie könne der deutschen Landwirtschaft sagen: "Ich habe schon so viel für Dich



getan, dass mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt". Der Landbund solle endlich auch den neuen Staat gerecht behandeln. Wir wollten eine Verständigung zwischen Arbeitern und Bauern. 90 bis 100 Millionen Mark seien allein für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens aus Staatsmitteln gegeben worden. Die Konsumgenossenschaften hätten niemals Staatshilfe erhalten. Es könnten also doch wohl die landwirtschaftlichen Genossenschaften noch einiges von den Arbeitergenossenschaften lernen. Die Landarbeiter würden nicht genug bezahlt. Die Technisierung der Landwirtschaft erfordere aber hochqualifizierte Arbeiter. Sinnlos sei die Hetze der Landbundführer gegen die Sozialpolitik, denn ohne die sozialpolitischen Leistungen würde die deutsche Landwirtschaft noch weniger absetzen können. Das wirtschaftspolitische Problem sei, mit der Stärkung des Binnenmarktes die Schonung unsrer weltwirtschaftlichen Interessen zu verbinden. Die landwirtschaftliche Schuldung des Bauernvolkes müsse noch gesteigert werden. Dr. Fehr brauche nur die Schriften von Marx und Engels nachzulesen, um zu lernen, dass die Sozialdemokraten niemals grundsätzliche Freihändler gewesen seien. Allerdings hätten sie stets eine extreme Zollpolitik abgelehnt. Der Mittelstand und die Bauern sollten lernen, dass wir in ein Zeitalter planmässiger organisierter Wirtschaft eingetreten seien. Der Kommunist Hoernle verwechselte Zielsetzung mit der wirklichen Lage unserer Gegenwart. Auch in Russland seien sozialistische Ziele und gegenwärtige Verhältnisse ganz etwas anderes. Die Hetze Hoernles gegen die GEG sei eine Unterstützung wirtschaftlich reaktionärer Parteien.

Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt.

---

SPD. Dortmund, 25. Febr. (Eig. Drahtb.)

Einem Dortmunder Kriminalkommissar gelang es, in Wesel eine Rauschgiftschmugglerbande dingfest zu machen. Einer Dortmunder Firma, die vor einiger Zeit eine Kiste mit 4 Kilo Morphin, Kokain und Opium verschickte, war von einer Angestellten und mehreren Helfern der Inhalt der Kiste entwendet und mit Ziegelsteinen, die in eigens von Köln geholten Zeitungen eingeschlagen waren, ersetzt worden. Das Rauschgift wurde von einem Bahnangestellten nach Wesel gebracht. Dem Kommissar selbst gelang es, als Käufer für das Gift aufzutreten und er erreichte nach mehreren Verhandlungen mit Mittelspersonen in Düsseldorf, Duisburg und Oberhausen, dass ihm die Ware in Wesel übergeben wurde. Bei der Uebergabe in einem Hotelzimmer verhaftete er die Verkäufer. Die Ware hatte einen Wert von 16 000 Mark. Das Kilo Opium war, weil schwer verkäuflich, von der Bande vernichtet worden.

---

SPD. Genf, 25. Febr. (Eig. Drahtb.)

Die Avra hat in einem Haus in Benzano in der Nähe von Rom eine Bombe gefunden, ähnlich der in dem Gepäck des Anarchisten Schirru aufgefundenen, was wiederum beweist, dass diese Bomben in Italien und nicht im Ausland hergestellt wurden. Auf Grund dieses neuen Fundes wurden rund 100 neue Verhaftungen und Hunderte von ergebnislosen Haussuchungen im weitesten Umkreis von Rom vorgenommen.

Worauf es ankommt!

Von Wilhelm Dittmann.

SPD. "Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe."

Mit den vorstehenden Worten begann die Erklärung der neugewählten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der sie bei ihrem ersten Zusammentreten am 3. Oktober 1930 die Parole für ihre Arbeit ausgegeben hat. Diese Parole wurde von der ganzen Partei im Reiche freudig begrüßt und sie hat die stürmische Aktivität ausgelöst, die seit Monaten die Partei durchflutet. Die Saboteure der Demokratie und des Parlaments sind längst in die Defensive gedrängt. Ihre Flucht aus dem Reichstag nach ihrer Niederlage hat diese Tatsache vor In- und Ausland handgreiflich dargetan.

Deutschnationale und Nationalsozialisten bemühen sich nachträglich vergebens, ihre Flucht als besonders kluges Parlamentsmanöver vor ihren enttäuschten Wählern zu rechtfertigen. Aus der Not möchten sie eine Tugend machen. Herr Everling, der deutschnationale Fürstenanwalt, hat in der "Deutschen Zeitung" geprahlt, die Mittelparteien und die Sozialdemokratie seien wegen der Sicherung der Beschlussfähigkeit an den Reichstag gefesselt, während die Rechte im Lande Versammlungen über Versammlungen abhalten könne. Armseliger Trost! Mitte und Sozialdemokratie können jeden Augenblick durch einfache Änderung der Geschäftsordnung die Beschlussfähigkeitsziffer des Reichstags dergestalt neu festsetzen, dass die Zahl der Parlamentsschwänzer dabei unberücksichtigt bleibt. War doch vom Abg. Koch-Weser schon im letzten Reichstag vorgeschlagen worden, den Reichstag bei Geschäftssitzungen schon dann für beschlussfähig zu erklären, wenn ein viertel seiner Mitglieder anwesend ist. Wollen Mitte und Sozialdemokratie ihre Abgeordneten für die Versammlungstätigkeit mehr freimachen, so haben sie es jederzeit in der Hand, die "Fesselung an den Reichstag" zu lockern. Herr Everling hat also zu früh frohlockt.

Neuerdings wird der Exodus der Rechten gerühmt als Sprengpulver, mit dem die Mittelparteien und die Sozialdemokratie auseinandergetrieben werden sollen. Dabei unterstellt man der Sozialdemokratie die Torheit, dass sie gemeinsam mit den Kommunisten eine Mehrheit gegen die Mittelparteien in den Fragen der Sozialpolitik und der Wehrpolitik herbeiführen werde, sodass die Mittelparteien die davongelaufenen Rechtsparteien um Rückkehr und Hilfe anflehen müssten. Diese Spekulation unterschätzt die Intelligenz der Sozialdemokratie, die sich bewusst ist, dass ihr zahlenmässiger Einfluss im Reichstag bei der Wahl am 14. September 1930 bestimmt worden ist und dass die indirekte künstliche Steigerung ihres Zahlengewichts durch den Exodus der Rechten keine wirkliche Machtsteigerung bedeutet. Sie wird sich also nicht auf das Glatteis einer sozialistisch-kommunistischen Scheinmehrheit locken lassen, selbst wenn die Kommunisten noch so sehr über "Verrat" zeteren sollten.

Die Arbeitermassen, die getreu unserer Fraktions- und Parteiparole in der Niederwerfung des Faschismus das Gebot der Stunde sehen, sind nicht so töricht, sich von solchem kommunistischen Verratsgeschrei beirren zu lassen. Sie wissen, worauf es ankommt, dass die nachträglich konstruierte Taktik der Reaktion nur darauf gerichtet ist, die Regierung zu stürzen und sich selber in den Sattel zu setzen. Dieses Ziel der Reaktion zu vereiteln, sind die Massen zu jedem unvermeidbaren Opfer bereit, weil sie wissen, dass sie sonst vom Regen in die Traufe geraten würden. Gelänge es der Rechten, die Mittelparteien an sich zu reißen und über ihre Leichen zur Macht zu kommen, dann ade Arbeitslosen-schutz, ade Arbeiterschutz, ade Sozialpolitik, ade Konsumentenschutz, ade Arbeiterrechte, ade staatsbürgerliche Freiheiten für die Arbeiterklasse!

Daher werden die werktätigen Massen, die so stürmisch und leidenschaftlich mit steigender Erbitterung im Lande den Kampf gegen die Feinde der Demokratie führen, auf den neuesten Schwindel der Parlamentsschwänzer von der angeblichen sozialistisch-kommunistischen Reichstagsmehrheit nicht hereinfallen. Für sie ist und bleibt das A und O der praktischen Politik die Parole, die diesen Zeilen voransteht: die Erhaltung der Demokratie, Sicherung der Verfassung und der Schutz des Parlamentarismus.

Was der deutschen Sozialdemokratie vor 68 Jahren bei ihrer Gründung von Ferdinand Lassalle als zu erkämpfendes Ziel vor Augen gestellt, was in unerhört opferreichem Kampfe von mehr als zwei Proletariergenerationen errungen worden ist, das lässt sie sich nicht wieder rauben: das gleiche Recht für alle, auf der Demokratie und Parlamentarismus beruhen. Klingt es nicht als ein mahnender Fanfarenstoss in die unmittelbare Gegenwart, wenn Lassalle in seinem "Offenen Antwortschreiben" vom 1. März 1863, der Geburtsurkunde der Sozialdemokratie, den deutschen Arbeitern zuruft:

"Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist....nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfen....Organisieren Sie sich....zu dem Zweck einer gesetzlichen und friedlichen, aber unermüdlichen, unablässlichen Agitation für die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts....Pflanzen Sie diesen Ruf fort in jede Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte....Wiederholen Sie täglich, unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht. Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt - auf den wichtigsten Punkt - zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heisst.....!"

Dieser zündende Aufruf Lassalles, der die Sozialdemokratie ins Leben rief, galt damals der Erringung und gilt heute der Erhaltung des allgemeinen und direkten Wahlrechts, der Grundlage der Demokratie und des Parlamentarismus. Der Kampf um die Erhaltung dieser Volksrechte ist heute der wichtigste Punkt, auf den alle Kräfte zu konzentrieren, dem gegenüber alle parlamentarischen Einzelfragen untergeordneter Natur sind. Blicken wir deshalb nicht nach rechts noch links, seien wir taub gegen alles, was nicht diesem Kampfe dient! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

SPD. Paris, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Der für Mittwoch angekündigte grosse Kommunistentag hat nichts als einen lächerlichen Leerlauf der von dem Polizeipräfekten von Paris angeordneten Alarmanmassnahmen gebracht. Nirgends war ein Kommunist zu sehen. Die Redaktionen der kommunistischen Blätter waren ausgestorben. Von Ansammlungen auf den Strassen war keine Rede. Die zahlreich aufgebietenen Schutzmannschaften nahmen etwa 75 Verhaftungen vor, von denen jedoch nur ein Bruchteil aufrecht erhalten wurde. Unter den Sistierten befinden sich zehn Italiener, die ausgewiesen wurden.

SPD. Liegnitz, 25. Februar (Eig. Drahtb.)

Die "Schwarze Fahne", das Organ der Landvolkbewegung in Liegnitz und in den Nachbarkreisen ist soeben vom Oberpräsidenten zu Breslau für die Dauer eines Vierteljahres verboten worden.

# Aus aller Welt

## Licht aus dem Salzfass.

Interessante Entdeckung eines Chemikers.-Ist Professor Polanyi zu bescheiden?

SPD. Aus dem Institut für physikalische und Elektrochemie kommt die Nachricht von einem geglückten Experiment, dessen Resultat mit drei Worten umschrieben werden kann: Licht aus Kochsalz!

Wir haben uns seit geraumer Zeit abgewöhnt, das technische Heil der Menschheit von Amerika zu erwarten. Was früher Edisons Fabriken bedeuteten, das "Laboratorium der Welt" - das ist heute die Kaiser Wilhelm Gesellschaft in Berlin-Dahlem, die mit ihrem Gründer nichts mehr gemein hat als den Namen. In ihren vielen Instituten sitzt ein Heer von Gelehrten an der Arbeit, um der Natur ihre letzten Geheimnisse zu entlocken und sie der Wissenschaft dienstbar zu machen. Meist gegen den Willen dieser Forscher, die sich vom lauten Lob der Masse nur in ihren Kreisen gestört glauben, dringt durch die Mauern der Dahlemer Institute von Zeit zu Zeit die Nachricht von dieser oder jener Entdeckung. Ist erst solch ein Versuch, der stets auf jahrelanger Vorarbeit beruht, gelungen, dann ist es nicht mehr Sache des "unpraktischen" Gelehrten, sondern des praktischen Technikers, an die Frage der wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeiten heranzugehen.

Was ist nun mit dem "Licht aus Salz"?

Der Forscher selbst, Professor Polanyi, einer der jüngsten bedeutenden Elektrochemiker, der diesen recht verblüffenden und unwahrscheinlich aussehenden Versuch durchgeführt hat, teilte uns Näheres über seine Entdeckung mit:

"Es handelt sich um eine ganz neue Art von Flammen, die dann entstehen, wenn gewisse chemisch sehr reaktionsfähige Dämpfe unter einem Druck von etwa einem Hunderttausendstel Atmosphäre in ein luftleeres Rohr geleitet werden. Die Dämpfe von Natrium und Chlor, -den Bestandteilen unseres gewöhnlichen Kochsalzes - sind von solcher reaktionsfähiger Natur. Bei Begegnung dieser sehr schwachen Dampfströme entsteht ein Licht, dessen Helligkeit ganz ausserordentlich gross ist; es übertrifft die einer normalen elektrischen Birne um das Fünfundzwanzigfache! Da die chemische Reaktion dieses Licht zustande bringt, nennt man es "Chemilumineszenz"! Am interessantesten ist jedoch der auffallend geringe Substanzverbrauch, der zur Erzeugung dieses Lichtes nötig ist. Die Menge des verbrauchten Materials ist so klein, dass man an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Ausnutzung im Grossen, an eine Revolution unseres gesamten Beleuchtungswesens denken könnte. Denn es gibt kaum ein Chemikal, das billiger ist als die Verbindung von Natrium und Chlor: das Kochsalz. Und doch wäre es nicht angebracht, sich technischen Zukunftsfantasien von ungeheuer verbilligten Lichtquellen hinzugeben. Denn die zur Chemilumineszenz benötigten Dämpfe werden zwar tatsächlich aus gewöhnlichem Kochsalz gewonnen - aber nicht direkt, sondern mit Hilfe eines umständlichen und kostspieligen Verfahrens, das in der Praxis nicht verbilligend, sondern eher verteuern sich auswirken würde. Deshalb beschränkt sich die Bedeutung des Chlornatrium-Chemilumineszenz auf die wissenschaftliche Erforschung der chemischen Reaktionen, deren Mechanismus ein ausgedehntes Arbeitsgebiet des Chemikers darstellt. Für ihn ist es interessant, eine Chemilumineszenz von so hoher Lichtausbeute kennen zu lernen; die Lichterzeugung dient als wichtiger Wegweiser zur Aufklärung der chemischen Umsetzung".

So weit Professor Polanyi. Vielleicht aber muss man ihm einen gewissen

Vorwurf machen: den, dass er sich zu bescheiden und vorsichtig über seine Entdeckung äussert. Wenn auch die zur Verdampfung verwendeten Stoffe Natrium und Chlor nicht direkt aus dem billigen Kochsalz, sondern erst auf Umwegen gewonnen werden, so schliesst diese Tatsache doch keinesfalls die Möglichkeit aus, gerade diese Umwege einmal einer besonders eingehenden Prüfung zu unterziehen, um sie eventuell zu verbilligen und zu rationalisieren. Es wäre nicht das erste Mal, dass dies im Grossbetrieb "am laufenden Band" leichter möglich ist als im Kleinbetrieb des Laboratoriums.

Wenn nicht alles täuscht, so wartet hier ein Arbeitsfeld für den Praktiker der Technik. Ein Anreiz ist gegeben, wie er selbst in unserer an technischen Sensationen so reichen Zeit nur selten vorkommt: Licht aus Kochsalz! Fünfundzwanzigfacher Helligkeitswert! Es gibt doch noch Neues unter der Sonne.

+ + + Ela.  
Blatternepidemie. In Kalkutta herrscht eine schwere Blatternepidemie, der im Lauf der letzten Wochen nicht weniger als 167 Personen zum Opfer fielen. Eine Million Menschen wurden mit Schutzimpfungen versehen.

+ + +  
Eisenbahnkatastrophe. Ein Zusammenstoss zwischen einem Personen- und einem Güterzug ereignete sich in der Nähe von Suchum (Kaukasus). Ein Eisenbahnbeamter wurde getötet, elf weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

+ + +  
Aufklärung des Röntgental-Mordes. Die Bluttat in Röntgental bei Berlin - ein Mann wurde getötet, einer schwer und einer leicht verletzt - kann als aufgeklärt gelten. Das Material, das Kriminalkommissar Dr. Braschwitz von der Berliner Kriminalpolizei gegen drei Mitglieder der kommunistischen Jugend, die vor einigen Tagen in Haft genommen worden sind, zusammentrug, lässt an der Täterschaft der jungen, kaum zwanzigjährigen Menschen kaum einen Zweifel. Zwei weitere Schwerverdächtige, unter denen auch derjenige ist, der die Revolverschüsse in das Lokal "Edelweiss" feuerte, sind geflohen und werden noch gesucht. Im kommunistischen Verkehrslokal "Zur blauen Grotte" in Röntgental scheint der Feuerüberfall auf das Lokal "Edelweiss" in allen Einzelheiten vorbereitet und besprochen worden zu sein. Offenbar war ein Racheakt für die sich in wenigen Tagen jährende Ermordung des kommunistischen Arbeiters Kubow durch Nationalsozialisten geplant gewesen. Indes wurden völlig Unschuldige zu Opfern des widerwärtigen Blutrausches.

+ + +  
Brandkatastrophe. Ein Grossfeuer suchte am Mittwoch Vormittag die Ortschaft Hohenwoos bei Dömitz (Mecklenburg) heim. Insgesamt wurden sieben Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie eine Gastwirtschaft eingeäschert. Von dem Mobiliar konnte fast nichts gerettet werden. Beträchtliche Vorräte an Getreide- und Futtermitteln wurden ein Raub der Flammen.

+ + +  
Neue Faschistendrohung. Der Direktor des grössten Lichtspieltheaters in Tilburg (Niederland) wo ebenfalls der Film "Im Westen nichts Neues" vorgeführt wird, wurde von einem Unbekannten telefonisch gefragt, ob der Film verlängert werden solle. Als er dies bejahte, wurde ihm bedeutet, dass man dies zu verhindern wissen werde. Der Direktor setzte sofort die Kriminalpolizei von dem Gespräch in Kenntnis.

+ + +  
Der Bock als Gärtner. In Posen wurde ein gewisser Josef Nemecek verhaftet, dem man aufgrund von Fingerabdrücken und Funden in seiner Wohnung mehrere Kasseneinbrüche nachweisen konnte. Nemecek hatte einige Zeit vorher ein Gesuch an die Polizeidirektion um Einstellung als Polizist gerichtet.....

+ + +

Verurteilter Admiral a.D. Vom Schwurgericht Kiel wurde Konteradmiral a.D. Rochlitz-Berlin nach zweitägiger Verhandlung wegen Meineides zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte wurde beschuldigt, vor dem Amtsgericht in Kiel am 23. Februar 1929 in der Ehescheidungssache des aus dem Erzberger-attentat bekannten Korvettenkapitäns Werber wissentlich einen Meineid geleistet zu haben. Rochlitz stand mit der Frau des Korvettenkapitäns in freundschaftlichen Beziehungen. Er hat unter Eid ausgesagt, dass diese Beziehungen keine ehewidrigen gewesen sind. In der Meineidsverhandlung gegen ihn wurde durch frühere Hausangestellte, die viele Jahre in dem Werberschen Hause tätig gewesen sind, soviel Belastungsmaterial gegen den Admiral vorgebracht, dass das Schwurgericht glaubte feststellen zu müssen, dass die Schuld des Angeklagten ausser jedem Zweifel stände. Auf Zuchthaus wurde nicht erkannt, da dem Angeklagten die Milderungsbestimmungen des § 157 zugestanden sind. Er hätte sich durch die wahrheitsgemässe Aussage selbst des Ehebruchs beschuldigt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Admiral nicht abgesprochen, da er nicht aus verbrecherischen Motiven gehandelt hat. Admiral Rochlitz wurde im Gerichtssaal verhaftet, da wegen der Höhe der gegen ihn erkannten Strafe Fluchtverdacht vorliegt.

+ + +

Historische Skelette. Während der Erdaushebungen für einen Neubau stiess man in Williamsburg auf Skelette, die in Fetzen alter Uniformen gehüllt waren. Man fand auch noch leserliche Papiere, aus denen hervorging, dass es sich um insgesamt 45 französische Soldaten handelte, die vor etwa 150 Jahren im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg an der Seite der Amerikaner als Freiwillige gefallen waren. Auf Bitten der amerikanischen Regierung wurde in den Pariser Archiven Nachsuche gehalten und es stellte sich heraus, dass in einem vergessenen Winkel noch die Liste der gefallenen und vermissten Freiheitskämpfer aufbewahrt war. Unter ihnen befand sich ein blutjunger Trommler von 14 Jahren, der diesem Corps unter Führung des Kapitäns Jean Jarlan de Sireuil in den Tod gefolgt war. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, den im Kampf für Amerikas Unabhängigkeit Gefallenen ein Ehrenmal in Williamsburg zu errichten.

+ + +

Fünf Jahre Zuchthaus für Lady Owen. Vom Schwurgericht in Versailles wurde die des Mordes angeklagte Lady Owen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Lady war am ersten Verhandlungstag in grosser Toilette und sehr aufgetakelt vor dem Richter erschienen, was äusserst unangenehm wirkte und ihrer Sache hätte sehr schaden können. Am zweiten Tag wurde dieser peinliche Eindruck durch die Aussagen ihres einstigen Geliebten, des Pariser Arztes Gastaud, verwischt, und der Prozess wandte sich zu ihren Gunsten. Aus der Aussage Dr. Gastauds ging nämlich hervor, dass er seine Freundin in der schandbarsten Weise ausgenutzt hatte und ihr grosse Summen für eine Kur abnahm, die sie in seiner Klinik durchmachte. Auch Reisen und Geschenke hatte er ohne weiteres angenommen. Die Lady nahm das Urteil ohne jede Aufregung hin.

+ + +

Komödie im Irrenhaus. Es ist bekannt, dass es manchmal schwierig ist, Menschen, die einen für verrückt halten, vom Gegenteil zu überzeugen. Man höre folgende Geschichte: Ein Gutsbesitzer aus der französischen Dordogne war zu der traurigen Gewissheit gelangt, dass sein Sohn geistesgestört sei und brachte ihn in seinem Auto, unterstützt von seinem Chauffeur, in das nächste Irrenhaus. Nach der Untersuchung, die die traurigen Befürchtungen des Vaters bestätigte, holte der Arzt einige Wärter, die den jungen Mann in sein Zimmer bringen sollten. Diesen Augenblick benutzte der Sohn, um aus dem Fenster des im Erdgeschoss gelegenen Raumes zu springen. Der erschrockene Vater folgte ihm auf dem gleichen Wege, um ihn so rasch als möglich wieder einzuholen. Zurück blieb der Chauffeur, offenbar weil er den Arzt von dem Vorgefallenen verständigen wollte. Anstatt des Arztes erschienen jedoch nur die zwei Wärter und fanden den wartenden Chauffeur, den sie für den Geisteskranken hielten. Seinen Beteuerungen.



schenkten sie nicht den geringsten Glauben, denn sie wussten ja aus Erfahrung, dass alle internierten Patienten sich für geistig normal hielten. Als der Unglückliche anfang, um sich zu schlagen, packten die Wärter um so fester zu und betrachteten ihn nun erst recht als einen gefährlichen Geisteskranken, der in die Zwangsjacke gehörte. Mit grösster Muhe schleppten sie den angeblich Tob-süchtigen aus dem Zimmer. Drei Stunden dauerte es, bis der Vater seines Sohnes endlich wieder habhaft werden konnte. In dieser Zeit wurde der arme Chauffeur in brühheisse und eiskalte Bäder gesteckt und kam schliesslich, als seine Wut sich immer noch nicht gelegt hatte, in die Tobsuchtszelle. Erst die Rückkehr des Vaters brachte die Klärung und dem Chauffeur ein den ausgestandenen Leiden entsprechendes Schmerzensgeld.

Zusammengebrochener "Weltgrosstkampftag". Der 25. Februar, der "Weltgrosstkampftag" der Kommunisten, ist in Berlin verhältnismässig ruhig verlaufen, zumal im Hinblick auf das bestehende Demonstrationsverbot mit gewissen Unruhen naturgemäss gerechnet werden musste. Soweit es an einigen Stellen der Stadt zu Ausschreitungen und Tumulten kam, konnten diese, bisweilen unter Anwendung des Gummiknüppels und unter Abgabe von Schreckschüssen, rasch im Keime erstickt werden. Der Versuch der Kommunisten, die Not der Erwerbslosen für ihre Parteizwecke zu missbrauchen, ist als misslungen zu betrachten.

Die Polizei stand unter erhöhter Alarmbereitschaft; in den ständigen Unruhezentren liess sie ihre Autos patrouillieren. Die ersten Zusammenstösse ereigneten sich am Vormittag am Hermannplatz im Süden Berlins und am Bülowplatz und Nettelbeckplatz im Norden der Stadt. Der Versuch, den Arbeitsnachweis in der Schulstrasse zu stürmen, missglückte. Ebenso kam es vor dem Arbeitsnachweis in der Gormannstrasse zu Krawallen. Eine verhetzte Menge bewarf die Polizeibeamten mit Steinen, Biergläsern und Stühlen; Verletzte sind erfreulicherweise nicht zu beklagen. Einige jugendliche Kommunisten beschossen in derselben Gegend später eine Polizeistreife. Am Abend kam es auch zu Zusammenrottungen am Kurfürstendamm. Aus einigen Geschäften wurden Lebensmittel entwendet; von wirklichen "Plünderungen" kann im Gegensatz zu anders lautenden Behauptungen in einigen Boulevardblättern nicht die Rede sein. Im ganzen wurden etwa 80 Personen festgenommen und zwar im wesentlichen solche, die als Rädelsführer und Hetzer ohne weiteres erkennbar waren. Eine Anzahl der festgenommenen Kommunisten, deren Sistierung in einem bekannten kommunistischen Lokal in der Weddingstrasse im Norden der Stadt erfolgte, steht im dringenden Verdacht, die Unruhen organisiert zu haben.

Auch die Nachrichten aus den übrigen Städten des Reiches zeigen, dass die für den 25. Februar ausgegebene "Weltgrosstkampftag"-Parole der Kommunisten kläglich ins Wasser gefallen ist. Soweit sich bis jetzt übersehen lässt, kam es nirgends zu erheblichen Zusammenstössen.

207 000 Dollar "geborgt". Der 27jährige Charles Pierce aus New-York, der seine Leidenschaft für Pferdewetten nicht recht befriedigen konnte, verfiel auf den schlauen Einfall, sich die nötigen Gelder aus der Kasse der National City-Bank in New York zu "borgen". Selbstverständlich geschah dies ohne Einwilligung seiner Vorgesetzten. Als diese bei einer Revision das Manko in der Kasse entdeckten, belief sich die Fehlsumme bereits auf 207 000 Dollar. Treuherzig versicherte der Angestellte, dass man ihm nur hätte Zeit lassen müssen, das Geld mit Zinsen wieder in die Kasse zurück legen zu können. Um den grossen Coup wäre er nun durch das verfrühte Eingreifen der Herren gekommen. Die Bank schien kein Verständnis für die Geschäfte ihres Angestellten zu haben und liess ihn verhaften.

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau \*

## Lohnabbau in der Chemie-Industrie.

Sehen Sie, das ist ein Geschäft...

SPD. Der Lohnabbau mag in manchen Industriezweigen zur Not noch als eine wirtschaftliche Notwendigkeit hingestellt werden, in der chemischen Industrie ist er bestimmt keine Notwendigkeit. Hier ist er ein reines Geschäft. Die chemische Industrie - sie hat die Tarife für die Bezirke Essen I und II, München, Stettin und Dresden, Hannover-Süd und Hannover-Nord, Hamburg, Breslau und Mecklenburg gekündigt, und am Donnerstag finden in Berlin die ersten entscheidenden Tarifverhandlungen für einige norddeutsche Bezirke statt - macht den Lohnabbau sozusagen aus profitabler Solidarität mit dem übrigen Unternehmertum mit. Die chemische Industrie will an der Gewinnsteigerung aus dem Lohnabbau kräftig profitieren.

Wie wenig wirtschaftliche Berechtigung ein Lohnabbau in der chemischen Industrie hat, zeigt die Steigerung der Reingewinne und Dividenden im Laufe der letzten Jahre. Die chemische Industrie gehört neben den Brauereien, Banken, Papier- und Zementfabriken zu den rentabelsten aller deutschen Industriezweige. Eine fast 11%ige Verzinsung des Aktienkapitals der grossen Gesellschaften im Jahresdurchschnitt - das ist das Gewinnergebnis für 1929, und 1930 dürfte es kaum geringer sein. Zu den Reingewinnen kommen geradezu mammutartige Abschreibungsquoten. So wurden nach dem Bericht des Enquetéausschusses von den Anlagewerten 1929 11,8% abgeschrieben.

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen chemischen Industrie auf dem Weltmarkt ist Unbestritten. Sie ist viel gerühmt und besungen worden, jetzt auf einmal soll aber auch sie nur durch Lohnabbau zu halten sein. Die Entwicklung des Aussenhandels an chemischen Erzeugnissen wird am besten durch den Hinweis charakterisiert, dass der Wert der ausgeführten chemischen Erzeugnisse 1929 um 132% höher war als 1924 und um 44% höher als 1913. Der Wert der Ausfuhr an chemischen Erzeugnissen im Jahre 1930 übertraf nach der amtlichen Statistik den Einfuhrwert um 924 Millionen also um fast 1 Milliarde Mark. Im Jahre 1913 überstieg der Wert der Ausfuhr den Einfuhrwert nur um 526 Millionen. Mit Befriedigung machte der Enquetéausschuss hinsichtlich der Entwicklung des deutschen Aussenhandels an chemischen Erzeugnissen in der Nachkriegszeit folgende Feststellung: "...Bei der Annahme einer Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit um durchschnittlich 25% zeigt sich, dass etwa seit dem Jahre 1927 die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse den Vorkriegsstand wieder erreicht und in der Zwischenzeit übertroffen hat, während andererseits die Einfuhr nunmehr etwa 50 Prozent des Standes von 1913 erreicht hat..."

Die Löhne haben den Aufstieg der deutschen chemischen Industrie bestimmt nicht gehemmt; denn in den wichtigsten Konkurrenzländern, wie Schweiz, England, Norwegen, Schweden oder gar Amerika, stehen die Löhne der chemischen Arbeiter wesentlich höher als in Deutschland. In England beträgt der Lohn eines ungelerten Betriebsarbeiters der Schwer-Chemikalien-Industrie im Minimum 66 Mark bei einer Arbeitswoche von 48 Stunden. Das ist ein Lohn, den der deutsche Arbeiter auch bei Einrechnung von Prämien, Zulagen und dergleichen nicht erreicht. Nach den Feststellungen des Sachverständigen vor dem Enquetéausschuss beträgt übrigens der Anteil des Lohns an den Produktionskosten der chemischen Industrie nicht mehr als höchstens 10%. Mit Lohnabbau könnten also die Produk-

tionskosten nur um den Bruchteil eines Prozents gesenkt worden. Soweit die Arbeitsleistung in Frage kommt, ist ein Lohnabbau ebenfalls absolut unangebracht; denn die Weiterbildung der chemischen Prozesse stellt, wie der Enqueté-Ausschuss festgestellt hat, von Tag zu Tag grössere Ansprüche an Intelligenz und Nerven.

Von welcher Seite aus man auch die Dinge ansehen mag - ein Lohnabbau ist gerade in der chemischen Industrie in keiner Weise zu rechtfertigen, nicht sozialpolitisch und nicht volkswirtschaftlich. Angesichts dieser Tatsache darf man wirklich darauf gespannt sein, ob nun trotzdem auch die chemische Industrie sozusagen nur der Vollständigkeit halber und weil nun einmal der Lohnabbau zu einer Art Evangelium gemacht worden ist, ihr Lohnabbaugeschenk erhält.

---

SPD. Ueber die Ursache des grossen Bergwerksunglücks in Eschweiler ist noch immer kein amtlicher Bericht erschienen. Die Untersuchungen scheinen jedoch, wie verlautet, allmählich dem unmittelbaren Anlass, der zum Unglück geführt hat, näher zu kommen. Ein Bergarbeiter des Aachener Reviers, der über die Arbeiten der Untersuchungskommission genau unterrichtet ist, macht uns hierüber folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

Es handelt sich um eine Kohlenstaubexplosion. Die Entzündungsursache ist noch nicht restlos klargestellt, man darf jedoch mit einer gewissen Berechtigung annehmen, dass die Kohlenstaubexplosion entweder durch misslungene Sprengschüsse, durch Ausbläser und dergleichen oder aber durch eine andere kleine Sprengstoffexplosion hervorgerufen wurde. Man hat in den sehr explosionsgefährlichen Flögen in grosser Menge Koksperlen und Kokskrusten gefunden. Das Gesteinstaubverfahren war nicht durchgeführt. Das Fehlen jeglichen Schutzes will man mit dem Vorhandensein grosser Wassermengen entschuldigen. Diese Entschuldigung kann aber nicht gelten; denn auch wasserreiche Gruben dürfen von der Durchführung des Gesteinstaubverfahrens nicht dispensiert werden. Zu all diesen Mängeln kommt hinzu, dass der Abbau vermittels eines sogenannten Unterwerksbaues vorgenommen wurde, wobei zweifellos die Grenze des Zulässigen weit überschritten worden ist. In der Untersuchung spielt auch eine zertrümmerte Werkzeugkiste eine Rolle; man nimmt hierbei an, dass eine Sprengstoffexplosion erfolgte. Danach wäre der Sprengstoff verbotswidrig aufbewahrt worden. Jedenfalls hätte bei regelrechter Durchführung des Gesteinstaubverfahrens die Explosion unmöglich eine kilometerweite Ausdehnung annehmen können.

---

SPD. Das Landesarbeitsamt Rheinland hat in seinem Arbeitsmarktbericht für die erste Februarhälfte - die Arbeitslosenziffer auf dem rheinischen Arbeitsmarkt beträgt für diese Berichtsperiode 584 000 - den stillegungs- und entlassungsfreudigen Unternehmern folgendes ins Stammbuch geschrieben:

"Allerdings waren auch in diesem Berichtsabschnitt die Anträge auf Entlassungen, Betriebsstillegungen und -einschränkungen wieder sehr zahlreich. Wenn auch zugegeben ist, dass derartige Anträge ihre völlige Berechtigung haben können in unsicherer Geschäftslage, Kapitalmangel, bedrohten Kreditverhältnissen des Werkes und dergleichen, so lässt doch die Tatsache, dass erfahrungsgemäss nur zu einem geringen Teil oder gar nicht von der erhaltenen Entlassungsbefugnis Gebrauch gemacht wird, darauf schliessen, dass sie nicht immer eine nicht zu umgehende Notwendigkeit waren. Die Beunruhigung, die damit in die Wirtschaft und die Arbeiterschaft getragen wird, trägt gewiss nicht zur Behebung des heute vorherrschenden Pessimismus bei." Das Unternehmertum spielt also zu einem guten Teil mit Stillegungsdrohungen und tritt so ohne Not an den Nerven der Arbeiter und Angestellten herum. Wir leben in einem barbarischen Zeitalter.

SPD. Auch für die preussischen Verwaltungsarbeiter ist nunmehr der Lohn-  
tarifvertrag gekündigt worden. Der Lohnabbau kann also nun auch gegenüber den  
Reichs- und Staatsarbeitern vor sich gehen.

---

SPD. Der Abschluss der bezirklichen Tarifverträge im Holzgewerbe hat in  
den letzten Tagen neue Fortschritte gemacht. In Hamburg, Bremen, Düsseldorf  
und Halle ist es zu Vereinbarungen gekommen, bei denen im wesentlichen die  
Geltungsdauer des alten Manteltarifvertrags verlängert und beim Lohn ein Ab-  
bau von etwa 5 bis 6 Pfennig festgelegt wurde, d.h. also weniger, als die  
allgemeine Lohnabbauparole des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen hatte.  
Die neuen Lohnabkommen laufen bis Ende September dieses Jahres, während der  
Mantelvertrag vielfach ohne jede Aenderung bis zum 15. Februar nächsten Jahres  
in Geltung bleibt.

Zu dem Fortschritt der bezirklichen Tarifabschlüsse bemerkt die "Holz-  
arbeiterzeitung", der Gedanke des Tarifvertrages sei durchaus lebendig. Der  
Zusammenbruch des zentralen Vertrags könne ihm nichts anhaben. Schon bisher  
hätten verschiedene bezirkliche Tarifverträge bestanden und nun werde der Rest,  
der noch in dem mit dem Arbeitgebervertrag abgeschlossenen Mantelvertrag zu-  
sammengehalten worden sei, in Einzelverträge aufgelöst. Selbstverständlich sei  
ein einheitlicher Tarifvertrag, der im ganzen Reiche gelte, ein erstrebenswer-  
tes Ziel, aber diese Frage sei im Augenblick nicht aktuell. Wichtiger als  
die Form und der räumliche Geltungsbereich des einzelnen Tarifvertrags sei  
sein materieller Inhalt. Es komme darauf an, schlechte Tarifverträge zu ver-  
meiden und unter Berücksichtigung der für die Arbeiterschaft so ungeheuer  
schwierigen Situation dürfe man auch behaupten, dass das bis jetzt auch ge-  
lungen ist.

Nicht der Tarifvertrag der Holzarbeiter, sondern der Arbeitgeberverband  
ist im Lohnabbaukonflikt unter die Räder bekommen.

---

SPD. Im Bereich des Landesarbeitsamts Westfalen haben seit Januar 20 Ar-  
beitsämter berufliche Bildungsmassnahmen für Jugendliche eingerichtet. Von  
ihnen sind 9 365 Arbeitslose im Alter von 14 - 21 Jahren (darunter 1 643 weib-  
liche) erfasst worden. Der Kreis dieser Personen erweitert sich ständig.

Das Zusammenwirken der Arbeitsämter mit den Berufs- und Fachschulen im  
Sinne der bekannten Bemühungen des Preussischen Ministers für Handel und Gewer-  
be zeitigt gute Erfolge.

---

SPD. Die Fleischwarenfabrikanten in Bayern haben allen ihren Arbeitskräf-  
ten gekündigt. Sie fordern eine Senkung des Spitzenlohns von 1,08 auf 0,90  
Mark pro Stunde = 16,6%, also einen ganz ansehnlichen Lohnabbau. Alle Verhand-  
lungen, auch die vor dem Landesschlichter scheiterten, obwohl man den Fabri-  
kanten weit entgegengekommen war. Die Fleischwarenfabrikanten möchten diktie-  
ren. Sie erklären, wer ihre Bedingungen annehme, solle wieder eingestellt wer-  
den, wer nicht, bleibe ausgesperrt.

Die Wirtschaftslage der Fleischwarenindustrie ist naturgemäss von der  
allgemeinen Depression beeinflusst, allein die sehr niedrigen Viehpreise bie-  
ten nicht nur Ausgleichsmöglichkeiten, sie ermöglichen auch noch gute Ueber-  
schüsse. Die Preise für Fleischwarenprodukte sind dafür Beweis genug. Zu Ge-  
waltakten besteht daher für die bayerischen Fleischwarenfabrikanten wahrhaftig  
keine Veranlassung.

---



## Untersuchung oder Skandalmacherei?

Front von den Kommunisten bis zu den Getreidehändlern im Roggenausschuss.

SPD. Der auf Verlangen der deutschnationalen und der sozialdemokratischen Partei eingesetzte Reichstagsausschuss zur Untersuchung der Roggenstützung hat mehr als 1 Dutzend Sitzungen abgehalten. Man könnte also annehmen, dass bereits ein gewisses Ergebnis der dort geleisteten Arbeit vorliegt. Aber weit gefehlt. Zu einer Behandlung der eigentlichen Roggenstützung ist man noch gar nicht gekommen. Rund 30 Ausschussmitglieder und ein beträchtliches Aufgebot an Zeugen und Sachverständigen beschäftigten sich bisher lediglich damit wie es zu dem Erwerb der Getreide-Industrie- und Commissions A.G., des sogenannten Scheuerkonzerns durch die halböffentlichen landwirtschaftlichen Kreditinstitute gekommen ist und üb. für die Erwerbung des Konzerns ein zu hoher Preis gezahlt sei.

Dabei liegt bereits ein abschliessendes Urteil über den Erwerb des Scheuerkonzerns vor, das ein Untersuchungsausschuss im preussischen Landtag gefällt hat. Allen Bemühungen der sozialdemokratischen Ausschussmitglieder aber, endlich einmal zur Sache zu kommen, wird von der Deutschnationalen Widerstand entgegengesetzt. Während sie sonst in ihren Blättern mitteilen, dass sie "auf das Parlament pfeifen", tun sie hier fleissig mit und befinden sich in schönster Harmonie mit den Wirtschaftsparteilern und Kommunisten. Dieser Koalition gelang es, die weitere Behandlung des Erwerbs des Scheuerkonzerns durchzusetzen. Der vierte in diesem seltsamen Bunde, der nicht sachliche Aufklärung, sondern nur Skandalmacherei will, ist der private Getreidehandel. Angesichts der Stellungnahme des Handels gegen die öffentliche Getreidebewirtschaftung ist das Verhalten der Vertreter des Getreidehandels selbstverständlich. Diese Vertreter sitzen nicht im Ausschuss. Sie spielen aber bei den ganzen Verhandlungen eine wichtige Rolle. Ihre Stütze dabei ist die demokratische Presse, die im Ausschuss sowohl Herrn Stubbendorf von den Deutschnationalen als auch den Herren Hoernle und Putz von den Kommunisten geistigen Zuspruch erteilt. Wie eng die Beziehungen zwischen den Sachverständigen und der demokratischen Presse sind, geht aus einer Aeusserung des Sachverständigen Lehmann, des Präsidenten des Getreidehändlervereins hervor. Er musste auf Befragen des Abgeordneten Tarnow (Soz.), ob, wie das Berliner Tageblatt berichtet, er in der vorigen Sitzung die Behauptungen widerlegt habe, wonach sich die öffentliche Getreidebewirtschaftung durch ordnungsmässige Abwicklung ihrer Geschäfte einen internationalen Ruf erworben habe, erklären, dass es überhaupt nicht zu einer Behandlung dieser Frage gekommen wäre. Mit anderen Worten also: er hat dem Berliner Tageblatt von diesen wahrscheinlichen Aussagen vorher Mitteilung gemacht! Dann blieben die Aussagen aus.

Das einzige bisherige Ergebnis der mehrwöchentlichen Arbeit des Untersuchungsausschusses, das aber bereits am ersten Tage nach der Vernehmung der Zeugen vorlag, ist: die Preussenkasse und Rentenbank-Kreditanstalt hätten den Scheuerkonzern zwar zu einem hohen Preise gekauft, aber damit ist der Landwirtschaft ein Instrument zur Verfügung gestellt worden, durch das ihr ein ungeheurer finanzieller Dienst erwiesen wird und das ihr viele Millionen an Zinsen erspart. Die Beweggründe, durch die die öffentlichen Getreideinstitute zu der Schaffung einer der Staatsgewalt wenigstens mittelbar unterstellten

Getreidefirma gezwungen wurden, sind aber die wenig erfolgreichen Geschäfte der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften gewesen, die ungeheure Verluste durch unfähige Geschäftsführung und Korruption erlitten haben. Diese Verluste sind weit höher zu beziffern als die etwaige Ueberzahlung der Aktien des Scheuerkonzerns, sodass es volkswirtschaftlich gar keine Rolle spielt, ob der Kurs, zu dem die Aktien übernommen worden sind, etwas höher oder niedriger gewesen wäre.

---

SPD. Die Internationale Rohstahlgemeinschaft ist sich auf einer Sitzung in Paris über ihr Produktionsprogramm im Monat März klar geworden. Eine weitere Produktionssenkung ist nicht vereinbart. Danach verbleibt es bei einer Drosselung von 30 % gegenüber der tatsächlichen Erzeugung im Jahre 1930. Immerhin ist dieser Beschluss dahin auszulegen, dass man auch in Kreisen der internationalen Eisenindustrie davon überzeugt ist, dass der Tiefstand der Krise erreicht ist. Dem entsprechen auch Meldungen, wonach die Eisenproduktion in einzelnen Bezirken erweitert werden konnte. Das trifft zum Teil auch für die Vereinigten Stahlwerke in Rheinland und Westfalen zu.

---

SPD. In Berlin hat es zwei grössere Pleiten gegeben, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. In dem einen Falle handelt es sich abermals um eine Bankfirma, die zweifellos unter den Kursrückgängen der letzten Monate gelitten hat, aber im Grunde genommen doch Opfer der im Anschluss an die Katastrophenwahl vom 14. September einsetzenden Kapitalflucht auch in Kreisen der kleineren Einleger geworden ist. Im zweiten Fall zeigen sich die Rückwirkungen der eingeschränkten öffentlichen Mittel für die Wohnungsbauförderung auf dem Bauemarkt. Die Entwicklung scheint hier zu einer starken Bereinigung der Bauwirtschaft führen zu wollen. Wenigstens häufen sich die Insolvenzen in der Bauindustrie ganz beträchtlich.

Bei der Bankinsolvenz handelt es sich um die Bankfirma Carsch & Co. Das Unternehmen war instriell stark tätig. So ist es an der Berliner Wäschefabrik vormals Ritter, der Reiss & Martin A.G. in Berlin, der Bayrischen Hartsteinindustrie in München, der Gummiwerke Elbe, der Thermos A.G., der Steingutwerke Ludwig Wessel in Bonn und an der Dolorit-Basalt A.G. in Köln beteiligt. Die betroffene Baufirma Karl Körner, arbeitete besonders mit Wohnungsbaugesellschaften und dürfte im vergangenen Jahr einen Umsatz von etwa 25 bis 30 Millionen Mark gehabt haben.

---

SPD. In Amsterdam soll noch im Laufe dieses Jahres eine grössere Fordfabrik errichtet und in Betrieb genommen werden.

---

SPD. Der schwedische Aussenhandel war im Januar mit rund 20 Millionen Kronen passiv. Die Ausfuhr beträgt 83,4 (im Januar des Vorjahres 111,7), die Einfuhr 103,5 (136,7) Millionen Kronen.

---



SPD. Die Beanspruchung des Reichsbankkredits zeigt in der Woche zum 23. Februar die normale Entwicklung. Insgesamt verringerte sich die Inanspruchnahme um 70,5 Millionen auf 1713,3 Millionen Mark. Die Handelswechsel und Schecks gingen um 83,5 Millionen auf 1525,6 Millionen Mark zurück.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 5,6 Millionen auf 2441 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 11,3 Millionen auf 2265,6 Millionen Mark zugenommen und die deckungsfähigen Devisen um 5,7 Millionen auf 175,4 Millionen Mark abgenommen. Die Dekung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 57,8 % in der Vorwoche auf 61,2 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,5 % auf 65,9%.

-----

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt das Aufkommen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat Januar 1931, den zehnten Monat im laufenden Steuerjahr, ungewöhnlich hoch, nämlich mit 1047 Millionen Mark an. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass auf verschiedene Steuern (Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer) im Januar Vorauszahlungen zu leisten waren. Auch das Aufkommen aus den Zöllen ist durch Lagerabrechnungen günstig beeinflusst worden.

Im Januar 1930 erbrachten die Steuern, Zölle und Abgaben rund 1110,2 Millionen Mark. Für eine Vergleichung mit Januar 1931 muss berücksichtigt werden, dass im Januar 1931 allein 15,21 Millionen Mark durch die sogenannte Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes (6%iger Abzug bei Beamten usw.) aufgekomen sind. Die Lohnsteuer ist im Januar 1931 gegenüber demselben Monat des Vorjahres um rund 8,5 Millionen auf 110,2 Millionen Mark gefallen. Die Umsatzsteuer hat sich in derselben Zeit von 200,4 auf 191 Millionen Mark verringert. Bei der Personenbeförderungssteuer liegt ein Rückgang um 1½ Millionen auf 13 Millionen und bei der Güterbeförderungssteuer von 12,7 auf 11,1 Millionen Mark vor. Die Zölle, die im Januar 1930 noch 188 Millionen Mark erbrachten, sanken auf 130 Millionen Mark. Für die Biersteuer ergeben sich 34,4 Millionen im Januar 1931 gegenüber 30,4 Millionen im Januar 1930. Die Tabaksteuer erbrachte im Januar 1931 rund 110 Millionen gegenüber 75 Millionen Mark im Januar vorigen Jahres.

Nach dem Voranschlag sind 10,26 Milliarden für das ganze Jahr aufzubringen. Aufgekomen sind in den 10 Monaten bis Ende Januar 1931 = 7,925 Milliarden Mark. Es errechnet sich also bis Ende Januar ein Ausfall von 625 Millionen Mark.

Die Lohnsteuer ist für Januar 1931 um 4,5 Millionen niedriger als im Dezember 1930. Der Rückgang dürfte sich in der Hauptsache durch Lohnsteuererstattungen erklären. Im Januar sind nicht weniger als 11,231 Millionen Mark an Lohnsteuer zurückerstattet worden. Dadurch steigern sich die Lohnsteuerzurückerstattungen für die ersten 10 Monate des Steuerjahres auf nicht weniger als 33,16 Millionen Mark. Diese beträchtliche Summe wurde den breiten Massen, die ja hauptsächlich für die Lohnsteuerzurückerstattungen in Frage kommen, durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhalten.

-----

SPD. Nach der Umsatzstatistik des Verbandes Deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten betrug der Gesamtumsatz im Jahre 1930 rund 239,8 Millionen Mark gegen 298 und 342,4 Millionen Mark in den beiden Vorjahren. Der durchschnittliche Umsatzrückgang wird auf 8,6 % geschätzt. Der Export in der Grosskonfektion hat gegenüber dem Vorjahr um 7 % zugenommen.

-----

Weiter knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 25. Febr.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte in sehr fester Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen schon die Eröffnungsnotierungen namentlich für Roggen hoch. Im Verlaufe der Börse ergaben sich weitere Befestigungen, sodass am Schluss Weizen für die verschiedenen Sichten etwa 3 bis 4½ Mark, Roggen 4 bis 6 Mark gewonnen hatten. Auch im Handel mit effektiver Ware waren nennenswerte Preissteigerungen für beide Brotgetreidearten festzustellen. Das Angebot an Ware blieb überdies knapp, während die Mühlen stärkere Kauflust zeigten, da auch das Mehlgeschäft sich wieder besser anlässt. Immerhin war es nicht leicht, die von den Mühlen verlangten höheren Forderungen, die sich beim Weizenmahl auf etwa 50, beim Roggenmehl auf etwa 25 Pfennig beliefen, bei den Käufern durchzusetzen. Auch der Hafermarkt verkehrte in fester Haltung. Namentlich am Lieferungsmarkt waren stärkere Preisgewinne festzustellen, während sich im Handel mit effektiver Ware das Geschäft ruhiger abwickelte. Nur Gerste hatte unverändert stillere Tendenz.

	24. Febr.	25. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	280 - 282	284 - 286
Roggen	159 - 161	162 - 164
Braugerste	204 - 213	206 - 215
Futter- und Industrierogerste	190 - 204	190 - 206
Hafer	141 - 147	145 - 150
Weizenmehl	33,00 - 39,50	33,50 - 40,00
Roggenmehl	23,75 - 26,50	24,10 - 26,85
Weizenkleie	11,25 - 11,50	11,25 - 11,50
Roggenkleie	9,80 - 10,30	10,00 - 10,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 294½-298½ (Vortag: 294), Mai 302 - 305 (301), Juli 304½ - 306 (303½). Roggen März 180 - 184 (178), Mai 190½-192 (187½), Juli 192 bis 193 Geld (189½), Hafer März 159 (157), Mai 170 (167½) Juli 176 (174½).

SPD. Die am Mittwoch in Dresden stattgefundene Generalversammlung der Sächsischen Gusstahlwerke Döhlen genehmigte die Sanierung des Unternehmens. Der Verlust von rund 3,4 Millionen Mark wird teils aus Rücklagen, teils aus der Sanierung gedeckt. Die Versammlung beschloss einstimmig, die Sanierung durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 4:1 von 8,8 auf 2,2 Millionen Mark und die Wiedererhöhung des Kapitals um 3,8 auf 6 Millionen Mark. An dem neuen Kapital beteiligt sich in der Hauptsache der sächsische Staat mit 2,4 und die Stadt Freital mit 1 Million Mark, um nicht etwa 1000 Arbeiter mit ihren Familien der Erwerbslosigkeit anheimfallen zu lassen. Das neue Kapital steht bereits zur Verfügung.

Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Freital verlegt. Der Vorsitzende teilte noch mit, dass gegenwärtig die Beschäftigung schlecht sei. Es werden etwa 800 bis 1000 Arbeiter beschäftigt. Man werde aber künftig an Zinsen und Abschreibungen sparen können. In diesem Sinne hält der Vorsitzende auch eine Senkung der Steuern und der Löhne für notwendig. Damit dürfte der Vorsitzende sich wohl das Wohlgefallen der drei Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie erworben haben, die neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde. Als Vertreter der sächsischen Regierung wurde Geheimrat Florey in den Aufsichtsrat gewählt.

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S. P. D.

Berlin, den 25. Februar 1931.

Die Flut rauscht heran....<sup>x</sup>

SPD. In jener Zeit, als es noch keine autogenen Schneideapparate gab, musste Kapitän Knife einmal nach langer Fahrt von Westindien auf der Themse vor Anker gehen, da die Ebbe ihn überraschte. Das war ihm unangenehm, denn er hatte ohnehin schon einige Tage Verspätung. Es blieb ihm also, wenn er an diesem Tage noch zu seiner Frau kommen wollte, nichts anderes übrig, als sich von zweien seiner Leute auf trockenen Grund ausbooten zu lassen und durch Schlamm und Nebel den Weg ans Ufer zu suchen.

Nach kaum einer Viertelstunde konnte er das Boot verlassen und, mit einer Laterne in der Hand, an Land stapfen. Aber es war Abend und neblig: der Kapitän war noch nicht ausser Rufweite seiner bereits zurückrudern den Leute, als er an einer im Grunde festverankerten Bojenkette ausglitschte und sein Fuss sich in einem ihrer Glieder festklemmte. Seine Leute, die auf sein Rufen sofort zurückkamen, waren nicht wenig erstaunt, ihn wie einen Hund an die Kette gefesselt zu finden. Es nützte wenig, dass sie ihn, an seinem Beine zerrend, daraus zu befreien versuchten. Je mehr sie zerrten und zogen, desto aussichtsloser wurde ihr Beginnen: der Fuss schwoll immer mehr an und begann empfindlich zu schmerzen, wenn sie nur noch daran rückten. Der Kapitän fluchte; es war zu fatal, hier mitten auf der Themse wie eine in die Falle getretene Katze zu stehen. Mick, einer seiner Leute, ging zwar sofort los, um einen Wundarzt zu holen, aber der Gedanke, zur Zeit der Flut noch hier an der Kette zu hängen und ersaufen zu müssen, liess dem Kapitän nicht viel Hoffnung. Der Wundarzt kam, schnitt den Schuh vom Fuss und rieb die geschwollene Stelle mit einer Essenz ein. Die Geschwulst ging zurück, aber der Fuss war doch nicht aus dem Gliede zu bringen.

Inzwischen waren mehrere Leute mit Laternen, Fackeln und Schnaps gekommen. Immer lauter ging es zu, und seltsam genug sah die Gruppe in Lichtgeflacker und Nebel aus. Keine halbe Stunde konnte es noch so weiter gehen - dann musste die Flut da sein. Sie wartete nicht.... Schwere Stürme hatte der Kapitän auf hoher See bestanden; jetzt sollte er ersaufen, jämmerlich langsam und angekettet, wie ein Hund, wie eine Ratte in der Falle. Und kein Mensch konnte helfen. Jedermann gab seinen Rat. Man erwog, ob nicht die Kette mit der Boje ausgehoben werden könnte, was einer Arbeit von mindestens einem halben Tage gleichgekommen wäre - Zeit genug, Knife wohl ein Dutzend Male das Zeitliche segnen zu lassen. Eine Frau (Frauen suchen das Nächstliegende nicht in den Wolken!) schlug vor, dass es besser sei, ein Bein zu lassen, als ein Leben. Das rief zuerst Entrüstung hervor, wurde schliesslich aber, als die Flut von ferne her zu rauschen und den Themsegrund zu überdecken anfang, von allen und nicht zuletzt vom Kapitän selbst als letzte Möglichkeit und einzige Rettung bekräftigt. Man weinte, fluchte; der mürrische Arzt selbst taute auf. Freilich, das Bein abzunehmen, konnte er sich nicht entschliessen; dazu brauchte er Instrumente. und diese zu holen, war es schon zu spät. "Er will ihn ersaufen lassen!" schrie die Frau, als man sein Zögern bemerkte, und alles umdrängte drohend den Arzt. "Sägt das Bein ab!" bettelte der Kapitän. Nein, der Fuss sei schon ganz im Wasser; es ginge nicht mehr. "Dann an der Hüfte ab!" drängte verzweifelt der Kapitän. "Er will ihn ersaufen lassen!" schrien wieder die Leute. Aber keiner dachte noch ernstlich daran, dass hier noch zu helfen

sei. "Das Bein ab!"

Und die Flut stieg: sie wartete nicht. Die Leute wichen immer mehr ans Ufer zurück. Man wollte einen Priester holen. Bis zu den Hüften stand der Kapitän schon im Wasser. Er fluchte, goss Schnaps hinunter: die Kälte begann an seinen Beinen zu zehren... War das der Tod? Auch seine Leute mussten den Kapitän jetzt verlassen. Höher und höher stieg die Flut an seinem Leibe empor. Sie stieg und rauschte, stieg unaufhaltsam weiter. Sie brandete näher, hob die Schiffe mit der Kraft des Meeres. Der Kapitän versank, stieg wieder hoch, versank - Das war das Ende...

Nein - der Kapitän kam abermals hoch - schwamm - fort - schwamm mit sicheren Zügen, ungekettet dem nassen Element übergeben. Er schwamm an Land mit zwei starken Armen, zwei kräftigen Beinen. Die Flut hatte ihn freigegeben, hatte ihn losgerissen nach ihrem grausigen Spiel, um ihn, wer weiss, vielleicht für ein andres Spiel draussen auf dem Meere aufzusparen.....

Josef Wernthaler.

---

### Das Kloster.<sup>x</sup>

Von M. Sostschenko.

SPD. An die Heiligen glaube ich schon lange nicht mehr. Aber auch an Gott zu glauben habe ich seit meinem letzten Aufenthalt im Kloster aufgehört. Gewiss, es ist alles wahr, was von den Klöstern gesagt wird: Die Klosterbrüder sind gleiche Menschen wie wir; sie lieben "Wein, Weib und Gesang" und lassen sich auch sonst nichts im Leben abgehen. Aber nicht davon sei die Rede. Das ist längst bekannt. Es hat sich aber im Kloster eine Geschichte abgespielt, die das Erzählen wert erscheint. Eine Geschichte, die mich um den reinen Glauben gebracht hat. Nicht nur mich, auch die Mönche.

Das Kloster, von dem ich erzähle, war reich. Seinen Reichtum hatte es aus freiwilligen Spenden der zahlreichen Pilger zusammengebracht. Die Pilger lieferten dem Kloster viel Opfergeld, besonders im Herbst. Wie da im Herbst Gläubige in Scharen ins Kloster kamen und ihre Obolusse entrichteten, da wurde es sicher den Teufeln in der Hölle heiss. Der eine opferte für sein Seelenheil, der andere für das Wohlergehen der Reisenden auf hoher See; der dritte opferte so überhaupt, aus Ueberfluss. Aber alle brachten Opfergeld - man brauchte es nur in Empfang zu nehmen. Und man nahm es in Empfang! Darauf können Sie sich verlassen. Zurückgewiesen wurde niemand. Selbstverständlich wollte, wer Opfer gab, für sein gutes Geld im Kloster ein paar Tage verbringen. Nicht nur die Zeit totschlagen; er wollte des heiligen Lebens teilhaftig werden. Er wollte eine Zelle und ein Hochamt und Erbauung mit den Mönchen. Man war aufmerksam gegen die Gäste. Warum auch nicht? Aber im Herbst war es unmöglich, alle Pilger in Zellen unterzubringen. Selbst viele Mönche wurden aus ihren angestammten Zellen verdrängt und in die Scheunen gewiesen. Zuerst wunderte ich mich, - was suchte das Volk im Kloster; was hatte es dort nicht gesehen? Später jedoch habe ich es kapiert; das Kloster war schön gelegen, hatte reine, gesunde Luft und obendrein noch eine Attrappe für die Gläubigen.

Im Kloster lebten drei gar wunderliche Mönche: ein Schweiger, ein Säulenmönch und noch so ein Sonderling. Dieser Sonderling schluckte Fliegen. Nicht etwa lebende Fliegen, sondern einen Aufguss auf Fliegen. Er pflegte sich sozusagen zu erniedrigen, seine Gefühle abzustumpfen. Schon in aller Frühe sammelte sich das Volk um seine Zelle und wartete. Und der Mönch kam zum Volke heraus, verrichtete ein Gebet und trank vor aller Leute Augen diesen widerlichen Aufguss. Die Zuschauer spuckten heftig aus, empfanden Ekel und Brechreiz. Manche nervenschwache Dame musste weggeschafft werden. Aber er, der Hundskater, leckte den letzten Rest aus, ohne ein saures Gesicht zu machen,

verneigte sich vor dem Volke und ging in seine Zelle. Den ganzen Tag sah man ihn nicht mehr. Erst am nächsten Morgen wieder. Uebergescheite wollten einmal die Gläubigen irre machen. Sie behaupteten, es wäre kein ordentlicher Fliegenaufguss. Man ging der Sache nach und stellte zu Ehren des Glaubens fest, dass alles in Ordnung und ohne Trug war. Der Mönch selbst fühlte sich gekränkt und sprach: "Wie konnten Sie nur annehmen, dass ich Gott betrügen werde?!" Die anderen Sonderlinge waren weniger interessant. Der Schweiger sprach kein Wort. Nun, was war dabei Besonderes? Der Säulenmönch war auch kein Ereignis. Er stand den ganzen Tag auf einem Stein und glaubte darum, als Heiliger gelten zu dürfen. So eine Dummheit!

Das Volk lockte das alles natürlich. Von nah und fern pilgerte man in das Kloster. Selbst vornehme Leute kamen. Sogar solche, die sich mit "Von" und mit "Baron" anreden liessen. Aber der willkommenste Gast unter allen war ein reicher Kaufmann namens Wladimir Iwanowitsch aus Moskau. Dieser Mann hatte viel Geld ins Kloster gesteckt. Als Sühnopfer für vergangene Sünden. Er kam öfters ins Kloster. Die drei Kilometer vom Bahnhof legte er zu Fuss zurück. Wenn er im Kloster angelangt war, tröpfelte von ihm der Schweiss. Er war schon alt. Im Kloster blieb er eine Woche, erholte sich, machte grosse Geschenke und fuhr dann zurück nach Moskau. Bald darauf kam er wieder. Und brachte neue Sühnopfer. Er tat ungehemmt vor dem ganzen Volke Busse. Die Gebete verfehlten auf ihn ihre Wirkung nicht. Noch mehr wirkten auf ihn die Klosterchöre. Als er den Chor singen hörte, verfiel er sogar in Schluchzen. Er gestand selbst, das Chorsingen sehr zu schätzen und bedauerte nur, dass es kein Frauenkloster war. "Ich habe eine besondere Sehnsucht nach hohen Sopranstimmen", pflegte er zu sagen. So war also Wladimir Iwanowitsch der geschätzteste Gast. Und davon kam alles.

Ein grosses Landgut, das ans Kloster grenzte, sollte verkauft werden. Ein reiches Gut, mit viel Ackerland. Der Prior bekam Appetit auf das Gut. Und mit ihm auch andre Mönche. Nun begann der Prior darüber nachzugrübeln, wie er Hand an dieses Gut legen könnte. Das war nicht so einfach, Geld hatte man zwar genug, aber man hatte kein Recht, das Gut zu kaufen. Nach dem Gesetz konnte ein Kloster nur im Geschenkwege Güter erhalten. Endlich hatte der Prior einen grossartigen Einfall. Er beriet mit den Mönchen und beschloss, die Sache durch Wladimir Iwanowitsch zu regeln. Ein alter Mann und alter Stammgast - er wird das Gut angeblich für sich kaufen und es dem Kloster schenken. Eine reine Formalität. Man redete dem Kaufmann zu, in den Plan einzuwilligen. Man versprach ihm, eine Marmortafel mit seinem Namen im Kloster anzubringen, und übergab ihm siebzigtausend Rubel in Gold. Der Kaufmann hat auch das Gut gekauft. Und er schickte einen Träger vom Bahnhof ins Kloster, ihm seine Sachen aus der Zelle zu bringen. Die Mönche eilten herbei und verständigten den Prior. Wo war Wladimir Iwanowitsch? Auf dem Bahnhof. So fuhr der Prior mit einigen Mönchen dort hin.

"Grüss Gott!" sagte der Prior zu dem Kaufmann. "Kommen Sie doch zu uns!"

"Grüss Gott!" antwortete der Kaufmann. "Ich kann nicht!"

"Warum können Sie nicht? Sind Sie vielleicht krank? Fehlt Ihnen etwas?"

"Nein, danke! Mir fehlt nichts!" Aber ich bin in grosser Eile und überhastet."

"Jetzt gerade sind Sie in grosser Eile, wo wir die Angelegenheit zu einem guten Ende führen sollten?" fragte der Prior. "So erzählen Sie uns doch von der Sache. Haben Sie das Gut gekauft?"

"Ganz gewiss," antwortete Wladimir Iwanowitsch. Ein so reiches Gut nicht zu kaufen, wäre eine Sünde, Vater Prior!"

"Also!" meinte der Prior. "Sollen wir nun die Geschenkkurkunde aufsetzen?"

"Ach, das!" meinte Wladimir Iwanowitsch. "Ich habe mir die Sache überlegt. Ich kann Ihnen dieses Gut nicht schenken. Nur ein ganz Verrückter könnte ein solches Gut wegwerfen. Nicht auszudenken!"

Was sich nach diesen Worten abgespielt hat, ist nicht zu schildern. Der

Prior verlor schier den Verstand und konnte sich nicht vom Fleck rühren. Die anderen Mönche fielen über Wladimir Iwanowitsch her und hätten ihn beinahe erwürgt, wenn ihn nicht Leute vom Bahnhof aus ihren Händen gerettet hätten. Wladimir Iwanowitsch tat ganz erschrocken. Er sprang auf den gerade herankommenden Zug ohne Fahrkarte auf. Man hat nichts mehr von ihm gesehen, Später erzählte man, er hätte sich einem anderen Kloster angeschlossen und brächte dorthin Sühnopfer. Man nannte sogar das Kloster. Aber es wäre zwecklos, der Sache nachzugehen.

Die Geschichte ist jedoch nicht ohne Folgen abgelaufen. Viele gläubige Mönche verliessen das Kloster. Auch die drei Sonderlinge gingen fort. Als erster ging der Schweiger weg. Man versuchte alles Mögliche, um ihn zurückzuhalten. Aber er spuckte heftig aus und sprach laut: "Was schert Ihr mich, zu allen Hundsteufeln!" Nach ihm ging auch ich weg. Mich hat man nicht zurückgehalten.

(Nach dem Russischen von B.H.)

### Pension Pont Neuf.<sup>x</sup>

SPD. Seele muss man nicht immer im Glanz und Licht suchen. Sie findet sich auch dort, wo Dunkelheit, Bitternis und Armut herrschen; ja, zuweilen sogar dort viel eher. Dabei ist es doch so viel schwerer, ein gutes Herz zu haben, wenn man vom Schicksal so stiefmütterlich behandelt wird wie die Stammgäste von Pont Neuf. Aber darauf kommt es scheinbar nicht an - davon ist Albert ein Beweis, Albert, der seinen Schlafplatz unter dem Brückenbogen von Pont Neuf hat, sozusagen ein Stammgast der Pension Pont Neuf, deren Himmelbetten aus harten Steinen bestehen, und deren Zentralheizung von den Nebelschauern der Seine besorgt wird.

"Machen Sie doch einmal einen interessanten Bericht über das Nachtleben unter den Brücken, anstatt ewig über den Montmartre und Montparnasse zu schreiben!" hatte man mich frühmorgens in der Redaktion beauftragt. "Und nehmen Sie sich einen Zeichner mit!" Aber seien Sie vorsichtig und vor allem geschickt, denn diese Leute sind sehr misstrauisch und empfindlich." So waren wir nach Mitternacht zum Pont Neuf gekommen, selbst ein paar Obdachlosen gleichend; dafür sorgte unsere wirklich nicht ganz einwandfreie Eleganz. Die "Pension" war hoch ziemlich leer. Nur hier und da verkündete ein heiseres Husteln, dass einige Bewohner bereits ihre Schlafstelle bezogen hatten. Wir setzten uns auf einen grossen Stein und brüteten vor uns hin. Viel zu sprechen, wäre ungeschickt gewesen; man wäre sofort auf uns aufmerksam geworden. So sassen wir also und beobachteten das seltsame Leben hier. Nicht einmal zu zeichnen wagten wir, um nicht aufzufallen. Da hiess es eben warten, bis eine günstige Gelegenheit sich ergab. Die sollte auch bald kommen.

Ab und zu tauchte eine neue Gestalt auf und suchte sich einen Platz zum Schlafen. Es war gegen 2 Uhr morgens. Grünlichgelbe Nebel hüllten alles in einen fast undurchdringlichen Schleier. Hätte man nicht von Zeit zu Zeit etwas weiter entfernt Schimpfende gehört, die sich über die ununterbrochene Störung durch Neuangekommene aufregten, so wäre man gar nicht auf den Gedanken verfallen, dass sich hier Menschen und noch dazu schlafende Menschen befinden konnten. Oben auf dem Quai zogen Studenten, alte Montmartrelieder vor sich hinsummend, in ihre Behausungen. In der Seine spiegelten sich die Lichter der Quailaternen, gleichsam wie lange Arme ins Wasser tauchend, und beleuchteten spärlich die dunklen Schattengestalten. Die Schlafgäste von Pont Neuf bezogen meist erst gegen 3 Uhr Morgens ihre Quartiere, da sie von Mitternacht an in der grossen Pariser Zentralmarkthalle Arbeit suchten und auch meist fanden. Die wenigen verdienten Sous reichten vielleicht gerade fürs Essen. Zum Schlafen



aber langte es eben nicht, und darum war die "Pension Pont Neuf", solange das Wetter es nur halbwegs erlaubte, eine besuchte und begehrte Schlafstätte. Es kam natürlich vor, dass späte Ankömmlinge keinen Platz zum Liegen mehr fanden, da alles voll besetzt war. Aber da musste man sich zu helfen wissen; die Not lehrt eben beten; sie lehrt in diesem Falle die Kunst, im Stehen zu schlafen. Da stand nämlich wirklich und wahrhaftig ein alter, weissbärtiger Mann, an eine Mauer gelehnt, und schnarchte sich friedlich eins im Stehen. Albert hatte die Funktion eines Hoteldirektors übernommen und führte sie auch gewissenhaft aus. Er wies jedem seinen Stammplatz zu und sah sich Neuankömmlinge sehr genau an. Gab es einen Streit, dann musste Albert ihn schlichten. Beklagte sich einer, er werde ewig und ewig aus dem Schlafe geweckt, so machte Albert ihm klar, dass er für den Mietspreis nicht Doppeltüren verlangen könne.

Albert besah sich also auch uns und kam endlich näher, um für seinen Zigarettenstummel Feuer zu holen. Bei dieser Gelegenheit bemerkte er unser Skizzenbuch. Was denn das für ein Buch sei, fragte er interessiert. "Ich möchte zeichnen lernen, habe es neulich probiert und denke, ich habe Talent. Da hab' ich mir für die letzten paar Sous ein Skizzenbuch gekauft", antwortete gleichgültig mein Partner. Albert lachte: "So etwas kann man doch nicht lernen, du Dummkopf! Dazu muss man geboren sein. Such' dir lieber eine vernünftige Arbeit und vergeude deine Zeit nicht mit solchen Dingen!" Er besah sich unsere Hände: "Na, ja natürlich", fügte er verächtlich hinzu, "schon lange keine richtige Arbeit gesehen, was? Wirst mit diesen Jungfernhänden auch keine bekommen." - Die Arbeiter in den "Hallen" werden nämlich zuerst auf die Beschaffenheit ihrer Hände geprüft.

Als mein Partner aber nicht einsehen wollte, warum er sein Talent "fruchtlos begraben" sollte, begann Alberts Interesse zu erwachen. "Was zeichnest du denn eigentlich?"

"Wenn du mir ein paar Minuten sitzen willst, so sollst du es gleich sehen." - Misstrauisch setzte Albert sich in Positur. Ungeduldig nahm er uns nach einigen Minuten das Buch aus der Hand. Verdutzt blickte er darein. "Nicht übel. Zeichne doch auch einmal meinen Freund!" Der war schon im Einschlafen begriffen. Aber Albert weckte ihn unbarmherzig. Bald bildete sich ein ganzer Kreis um uns. "Ich habe einmal einen Roman gelesen", fuhr Albert nachdenklich fort, "wie einer, der schon ganz verkommen war, plötzlich sein Talent entdeckte und ein berühmter Mann geworden ist. Vielleicht bist du auch so ein Wunderkind." Sein geschäftliches Genie erwachte: "Mit diesen Dingen könntest du ganz schweres Geld verdienen, mein Junge. Und da ich gerade Zeit habe, werde ich dich managen, denn ohne Manager wird heutzutage niemand berühmt."

Der Bleistift flog während dieser Unterhaltung übers Papier. In wenigen Minuten waren sie alle verewigt. Albert war Feuer und Flamme. Er begann einen regelrechten Vortrag über Paris als Kunststadt und endete gewichtig: "Weisst du, dass du einen grossen Fehler machst? Du hättest zuerst in eine Schule gehen sollen. Weisst du denn nicht, dass es in Paris extra eine Schule dafür gibt? Da gehst du einfach hin. Du brauchst nichts zu sagen. Du zeichnest einfach den Professor, und alles Weitere wird er dir schon sagen. Du lernst dort drei Jahre, und dann bist du eine Berühmtheit." Die Runde nickte ihm Beifall. Er war doch ein tüchtiger Kerl, dieser Albert, und ihm gebührte tatsächlich die Vorrangstellung, die er hier inne hatte; das bewies er immer wieder. Albert aber wandte sich plötzlich um und begann lebhaft mit den Andern zu tuscheln. Ab und zu hörte man ein Brummen; da und dort kramte einer in der Hosentasche oder im Stiefel. Dann trat er auf uns zu und reichte uns mit Grandezza sechs Francs. Er hatte sie unter den Leuten zusammengebracht. Sechs Francs, ein Vermögen für Stammgäste des Pont Neuf. Und gönnerhaft fügte er hinzu: "Dafür kauf dir Papier und anständige Stifte, wenn du in die Kunstschule gehst, denn die Herren Professoren halten sehr viel auf solche Dinge. Und wenn ich dir noch einen guten Rat mit auf deinen künftigen Lebensweg geben darf, so meide diese Gesellschaft hier! Es könnte dir vielleicht einmal auf dem Wege zur Karriere schaden...."

Dr. K. H.

Franz von Sickingen.<sup>x</sup>

(Zu seinem 450. Geburtstag am 2. März)

SPD. Zweifellos ist der Feldhauptmann Franz von Sickingen eine der interessantesten Erscheinungen aus der deutschen Reformationszeit. Wie die Bedeutung mancher Persönlichkeiten aus der jüngstvergangenen deutschen Revolutionszeit heute noch fragwürdig erscheint, so dürfte auch die tatsächliche Bedeutung Sickingens immer noch nicht ganz geklärt sein. Man weiss, dass Sickingen für Ulrich von Hutten, Reuchlin und die Kirchenreform Partei ergriff und sich gegen die Kirchmächte und Landesfürsten an die Spitze des Bundes der schwäbischen und rheinischen Ritterschaft stellte. Besonders aber wissen wir, dass ihn kein Geringerer als Ferdinand Lassalle zum Helden eines Dramas gemacht hat. Ueber die künstlerische Bedeutung dieses 1859 erschienenen Dramas ist heute kaum noch ein Wort zu verlieren. Es entstand ebenso wie Lassalles Untersuchung über den antiken Philosophen Heraklit mehr als Ergänzungsarbeit zu seiner politischen Tätigkeit. Die rhetorische und agitatorische Wirkung war dem Verfasser wichtiger als die künstlerische. Wie es auch Franz Mehring in seiner "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" hervorhebt, war für Lassalle die Gestalt Ulrich von Hutten's wesentlich sympathischer. Nur war ihm der mehr humanistisch und "lyrisch" eingestellte Hutten zu unpolitisch. Da Hutten aber selbst den Ritter Sickingen als den rettenden Arm Deutschlands bezeichnet hat, so stellte schliesslich Lassalle diesen Ritter in den Mittelpunkt seiner Tragödie. In ihr wird der tragische Konflikt mit der allgemeinen Betonung in den Vordergrund gestellt, dass ein revolutionäres Ziel nicht mit reaktionären Mitteln erreicht werden kann. Oder positiv gesprochen: Sickingen scheiterte deshalb mit seiner Bewegung, weil er nicht die gesamten Unterdrückten seiner Zeit aufrief, sondern seinen Kampf mit einer ritterlichen Fehde gegen einen kirchlichen Reichsfürsten begann.

An Lassalles gutem Glauben in dieser Hinsicht ist kaum zu zweifeln. In Wirklichkeit aber sah die Sachlage wesentlich anders aus. Wie es besonders Friedrich Engels nachgewiesen und später Franz Mehring noch einmal betont hat, war es gerade umgekehrt. Sickingen wollte ein reaktionäres Ziel mit revolutionären Mitteln erreichen. Was ihm für das damalige Deutschland vorschwebte, war so etwas wie eine Adelsdemokratie mit monarchischer Spitze. Der von ihm in Bewegung gesetzte Kleinadel hatte am wenigsten Verbindung mit der Masse der unterdrückten Bauern und Bürger. Die von Sickingen geplante Reichsreform war also schon theoretisch auf vollkommen unverwechselbaren Grundlagen aufgebaut. Im Hinblick auf seine Absichten hat es Engels sehr deutlich herausgearbeitet, dass Sickingen sein Ziel sehr klar vor Augen hatte und deshalb auch seine Mittel mit seinem Zweck haargenau übereinstimmten. Wenn man noch hinzufügt, dass seine Mittel an gewissermassen revolutionärer Taktik nichts zu wünschen übrig liessen, so gewinnt gerade die Gestalt und Wirksamkeit Sickingens gegenwärtig eine ungemein aktuelle Bedeutung. Aber heute wird bei uns von sogenannten radikalen Parteien mit sogenannten revolutionären Programmen derart geschickt operiert, dass selbst mit kühlerem Verstand urteilende Menschen sich dadurch haben einfangen lassen. Gerade diesen Leuten wäre anzuraten, sich einmal unbefangen in die Geschichte der deutschen Reformationszeit und speziell auch in die scheinbar revolutionären Absichten Sickingens zu vertiefen. Man würde dann mit Erstaunen erkennen, dass alles schon einmal da gewesen ist, und dass man immer wieder aus der Geschichte lernen kann. Das gewiss das Recht des Dichters in Anspruch nehmende, aber die historischen Tatsachen grundsätzlich umkehrende Drama von Lassalle kann nicht als Gegenargument dafür gelten, dass Sickingens tatsächliche Wirksamkeit als ein Musterbeispiel der Verwendung revolutionärer Mittel zur Erreichung eines reaktionären Ziels innerhalb einer aufgeführten Epoche anzusprechen ist.

Dr. Otto Brattskoven.

## Politisch-historisches Drama.

Aufführung in der Berliner Volksbühne.

SPD. Es ist mehr als nur die Jahrhundertenerinnerung, was uns gerade heute die revolutionären Bewegungen in Deutschland in den dreissiger Jahren des vorigen Jahrhunderts so aktuell erscheinen lässt. Viele politische Ideen unserer Zeit sind schon damals zum erstenmale ausgesprochen, viele umstrittene Symbole wie das schwarzrotgoldene deutsche Banner sind in jenen gärenden Vormärzjahren zuerst gezeigt worden. Die Ideale der sozialen Demokratie, des staatlichen Unitarismus, der Volkssouveränität, des Bundes der Völker blicken auf ein hundertjähriges Leben zurück. Viel zu wenig ist unserer durch die Schule des wilhelminischen Reiches gegangenen Generation die Geschichte jenes Zeitalters bekannt. Ihre dichterische Verlebendigung ist deshalb schon um der ihr innewohnenden politisch-historischen Volksaufklärung willen von vorn herein ein Verdienst.

Franz Theodor Csokor gestaltet in seinem in der Berliner Volksbühne aufgeführten Drama "Gesellschaft der Menschenrechte" ein Stück deutscher Geschichte, in dessen Mittelpunkt der jung verstorbene Dichter Georg Büchner steht. Für eine politische Massenbewegung war das Volk der damaligen Kleinstaatserei noch nicht reif. So suchte man, zunächst einmal in Geheimbünden und durch sozialrevolutionäre Agitationsschriften wie den berühmten "Hessischen Landboten" Büchners den Boden für eine allgemeine Volksbewegung vorzubereiten. Eine grausame Reaktion, gestützt auf Spitzel, hat diesen hoffnungsvollen Vorfrühling deutscher Volksfreiheit in Zuchthaushaft mit Prügelstrafen und in Blut erstickt. Der kühne Agitator Pfarrer Weiding, Wilhelm Liebknechts Onkel, machte seinem Leben aus Verzweiflung über seine Drangsalierung in der Gefängniszelle ein Ende, indem er sich mit einer Glasscherbe die Kehle durchschnitt. Büchner selbst wandte sich mit "Dantons Tod" dem dramatischen Schaffen zu und starb schon mit dreiundzwanzig Jahren in Zürich, wohin er vor den Schergen der hessischen Justiz geflohen war, und wo er einen medizinischen Lehrstuhl übernommen hatte, an der Schwindsucht.

Im Grunde genommen ist Büchners Leben nicht eben reich an dramatischen Ereignissen. Deshalb konnte es Csokor auch nicht gelingen, aus seinem Leben ein dramatisches Kunstwerk höchsten Grades zu formen. Er hat sich vielmehr mit der Schilderung einzelner nur lose zusammenhängender Episoden aus einem Verlauf von mehreren Jahren begnügt, die mehr Situationen als Handlung enthalten, und die aus Mangel an äusseren Vorgängen mit dem Meinungswechsel der jungen Revolutionäre ausgefüllt sind. Es fehlt die Veranschaulichung der sozialen und politischen Volksnot, deren Beseitigung die "Gesellschaft der Menschenrechte" sich zum Ziel gesetzt hatte, und es fehlt die eigentlich mitreissende dramatische Entwicklung. Gegenüber den etwas blass und schematisch gezeichneten Figuren der Gesinnungsgenossen Büchners sind die Gegenspieler - der Universitätsrichter und die Spitzel - viel eindringlicher charakterisiert. Dennoch sind die Aktualität dieses Abschnitts deutscher Geschichte und die idealistische Leidenschaft dieser Vorläufer der demokratischen Republik lebendig genug, um dem Werke die stärkste Anteilnahme der Zuschauer zu sichern.

Bz.

SPD. Eine Zola-Biographie. Die Tochter Emile Zolas, Frau Denise Leblond-Zola, ist, wie "Die Literarische Welt" mitteilt, mit der Herausgabe einer Biographie ihres Vaters beschäftigt, die manche aufschlussreichen persönlichen Erinnerungen und Eindrücke und dadurch wertvolles Material für die Zola-Forschung enthalten dürfte.

## Der Helfer wider Willen.<sup>x</sup>

SPD. Ein Rum-Schmuggler an der kanadisch-amerikanischen Grenze suchte einen Farmer auf und bot ihm fünfzig Dollar, wenn er ihm seine Scheune für einen Tag überlasse.

"Was wollen Sie damit?" fragte der Farmer.

"Nun, ich bringe einen Wagen voll Getränke morgen Nacht hier durch und möchte den Tag über im Versteck bleiben."

"Gemacht!" sagte der Farmer, wartete ab, bis der Schmuggler ausser Sicht war, und meldete prompt den Vorfall dem nächsten Zollagenten.

Die Beamten lagen die ganze Nacht vor der Scheune auf der Lauer, auch den ganzen nächsten Tag und noch die ganze folgende Nacht. Da nichts passierte, gaben sie es auf und kehrten zurück.

Einige Tage danach erhielt der Farmer den Besuch des Schmugglers, der ihm eine Fünfzigdollarnote hinhielt.

"Aber Sie haben doch meinen Schuppen gar nicht benutzt", stotterte perplex der Landwirt.

"Macht nichts", antwortete breit grinsend der Schmuggler. "Aber während Sie die Beamten hier festhielten, liess ich vier Wagenladungen von dem Stoff hintenherum durchlaufen. Hier ist Ihr Geld!"

kawe.

---

SPD. Eine Gestalt aus der Hölle.<sup>x</sup> Michelangelo hatte in seinem berühmten Gemälde "Das jüngste Gericht", das sich in der Sixtinischen Kapelle im Vatikan zu Rom befindet, unter anderen Gestalten in der Hölle einen gewissen Kardinal, der die Arbeiten des Künstlers stets bekrittelt, dargestellt und ihn derart naturgetreu gezeichnet, dass ihn jedermann erkennen musste. Darob gekränkt, lief der Kardinal zum Papst und forderte von diesem, dass sein Bild auf der Leinwand sofort ausgelöscht werde. Aber der Papst antwortete ihm: "Sie wissen, wie weit meine Macht reicht: Ich kann aus dem Fegfeuer befreien, aber nicht aus der Hölle."

---

SPD. Fabelhafter Erfolg.<sup>x</sup> Der Heldenspieler einer Provinzbühne wurde einmal Werner Krauss vorgestellt. Es war ein eitles Männchen, das sofort von seinen "fabelhaften" Erfolgen zu reden begann, von seinem Tiefenerlebnis fasselte und schliesslich sagte: "Sie machen sich keine Vorstellung, Herr Krauss! Keine Vorstellung machen Sie sich! Wenn ich auf der Bühne stehe, dann vergesse ich mein bürgerliches Dasein. Doch, doch, das ist bestimmt wahr. Ich lebe dann in einer anderen Welt. Alles um mich herum verschwindet. Die Welt versinkt. Der Zuschauerraum verschwindet, das Publikum verschwindet..."

Krauss warf nach einem kurzen Räuspern ein: "Das Letztere kann ich mir sehr gut vorstellen."

---

SPD. Eine wirksame Kritik.<sup>x</sup> Als Max Reger einmal eine ungünstige Kritik von einem Pressburger Blatt erhalten hatte, schrieb er dem slowakischen Redakteur ein Briefchen mit den folgenden unmissverständlichen Zeilen: "Sehr geehrter Herr! Ich sitze an einem gewissen Ort und habe Ihre Kritik vor mir. Bald werde ich sie hinter mir haben."

---

# Deutscher Reichstag

32. Sitzung vom 25. Februar, 3 Uhr.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung fordert Abg. Schröter-Merseburg (Komm.) die sofortige Beratung eines Antrags auf Zurückziehung des gegen Berliner Demonstrationen eingesetzten Polizeiaufgebots, auf Aufhebung des Demonstrationsverbots und Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten. Der sofortigen Beratung des kommunistischen Antrags wird widersprochen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Renken (Chr. Soz. Vd.) betont die enge Schicksalsverbundenheit von Bauernschaft und Arbeiterschaft. Der Christlichsoziale Volksdienst stelle sich bewusst auf die Seite des Ernährungsministers. Die Landwirtschaft könne mit Recht verlangen, dass ihr die Rentabilität gewährleistet und dass in Deutschland Nationalwirtschaft getrieben wird. Dieses berechtigte Verlangen dürfe nicht durch schwächlichen Wirtschaftspazifismus durchkreuzt werden.

Abg. Freybe (Wirt. Pt.) weist auf die Verschärfung der Weltagrarkrise hin. Den Vorwurf des Protektionismus müssen wir zurückweisen. Ohne gesunde Zollpolitik werden wir vorläufig nicht auskommen. Die Preissenkungsaktion durch den mehr oder weniger gelinden Druck der Reichsregierung muss in Handel und Gewerbe schärfste Zurückweisung erfahren.

Abg. Dr. Fehr (Bayr. Bauernbund) wendet sich gegen die Ausführungen des Geheimrats Duisberg-Köln, der sich nicht gerade freundlich mit der Landwirtschaft beschäftigt habe. Milch, Eier und andere Agrarprodukte sind kaum in einem andern Land so billig, wie in Deutschland. Die Landwirtschaft hat an Subventionen keine Freude. Ihr wäre es viel lieber, wenn sie durch Wiederherstellung ihrer Rentabilität in der Lage wäre, auf solche Subventionen zu verzichten.

Abg. Hoernle (Komm.) nennt den Minister den "Ernährungsminister der Hungerrepublik". - Vizepräsident v. Kardorff rügt diesen Ausdruck. Fünf Millionen Erwerbslose, so führt der Redner aus, hungern in Deutschland, während in Nahrungsmitteln eine Überproduktion besteht. Die Redensart "Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt" ist eine volkswirtschaftliche Lüge. Richtig ist aber der Satz: Arbeiternot ist Bauerntot!

Abg. Meyer zu Belm (D. Vp.): Die Männer, die wirklich der Landwirtschaft helfen, sitzen nicht in den Reihen derer (nach rechts), die jetzt den sachlichen Verhandlungen fernbleiben und es vorziehen, durch parteipolitische Agitation den Radikalismus in den Reihen der Landwirte zu schüren.

Abg. Hillebrand-Schlesien (Dt. Bauernpt.) tritt für die Interessen der bäuerlichen Wirtschaften ein.

Abg. Dobbert (Soz.) betont, dass die Arbeiterschaft stets Verständnis für die Nöte der Landwirtschaft aufgebracht habe. Was das Landvolk aber in seinen Anträgen verlange, grenze an Agrarradikalismus. Es sei die Aufgabe der Politik, den gerechten Ausgleich zwischen Produzenten- und Verbraucherstandpunkt zu finden. Entschieden abrücken muss man allerdings von den Methoden, wie sie der Landbund beliebt und wie man sie noch auf der Grünen Woche erleben musste. Der jetzige Staat hat soviel für die Landwirtschaft getan, dass er eine andere Wertung verdient. Die Sozialdemokratie kann an alle diese Fragen nur vom Standpunkt der Bauernpolitik herangehen. Nur wenn man wirkliche Bauernpolitik treiben will, wird man nicht umsonst an uns appellieren. Wenn man von Landvolknot spricht, darf man auch die Landarbeiter nicht vergessen, die ganz unzureichend bezahlt werden. Die Bedenken, die schon im Kabinett gegen die Politik des Ernährungsministers vorgebracht worden sind, können wir im Interesse der Industrie-Arbeiterschaft nur unterstreichen. Wir können nicht einen Interessentenstandpunkt in den Vordergrund stellen, sondern müssen in erster Linie eine Agrarpolitik treiben, die die Exportförderung nicht stört.

Die deutschen Landarbeiter werden heute nicht entsprechend ihrer hochqualifizierten Arbeit bezahlt - sie haben einen vollberechtigten Anspruch auf besseren Lohn. Man vergesse bei der Hilfe für das Land diese Arbeiter mit ihrer so langen Arbeitszeit nicht! (Sehr wahr links)

Die Erwerbslosenunterstützung für einen Landarbeiter mit einer dreiköpfigen Familie beträgt 12 Mark wöchentlich, sein Arbeitseinkommen 17 bis 18 Mark - da kann natürlich die Landarbeit nicht sehr starken Zuzug haben. Ohne die deutsche Sozialpolitik aber wäre die Kaufkraft der arbeitslosen Massen so gering, dass die Landwirtschaft noch viel weniger Absatz finden würde als jetzt. Da sollten gewisse Landwirte doch die geradezu infame Hetze gegen die Sozialpolitik einstellen! (Lebh. Zustimmung links) Von "Subventionen" an die Sozialversicherung kann doch kein Vernünftiger sprechen, diese dienen doch nur der Aufrechterhaltung wenigstens eines bescheidenen Lebensniveaus der Volksgenossen. Verschärfung der einseitig landwirtschaftlichen Politik würde den Absatz landwirtschaftlicher Produkte steigern.

Gegenüber den sozialpolitischen Absichten des Ministers unterstreichen wir die Einwände des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsverbandes der deutschen Industrie u.a.m.; die Exportmöglichkeiten dürfen nicht durch einseitige Agrarzollpolitik verschüttet werden, es bleibt uns keine andere Wahl, als eine Agrarpolitik zu treiben, die mit Exportförderung vereinbar ist. (Sehr richtig links) Darüber sollten Sie (nach rechts) die Bauern aufklären, die man so tief gegen den neuen Staat, die Republik und uns verhetzt hat.

Gegenüber Dr. Fehr stelle ich fest, dass schon Karl Marx und Friedrich Engels nicht grundsätzlich und ausschliesslich Freihandelsanhänger waren. Wir richten uns da nach den augenblicklichen Notwendigkeiten und wünschen eine Wirtschaftspolitik wie unter der Regierung Müller, natürlich mit Anpassung der damals geplanten Preise an die heutigen Verhältnisse.

Der Wirtschaftspartei werden die Landwirte nicht verhehlen können, dass der Weg vom Produzenten zum Verbraucher heute zu lang ist. Die Gedanken der Planwirtschaft werden sich durchsetzen, sie gewinnen in dieser Zeit Anhang und der Mittelstand wird sehen müssen, in der planmässig geordneten Wirtschaft seinen Platz einzunehmen.

In Russland spricht man von "revolutionärem Opportunismus", Sie aber (zum Abg. Hörnle) greifen hier die GEG an, weil sie seinerzeit billiges Fleisch für die Ärmsten gesichert hat. So tief sind diese Kommunisten in ihrer Kampfweise schon gesunken! Wir gehen den Weg unserer volkswirtschaftlich orientierten gesunden Bauernpolitik weiter. Wir wollen dafür sorgen, dass dazu geeignete Bauernsöhne Land bekommen und zwar dort, wo eine Bodenreform notwendig ist wie im Osten - ohne dass deswegen der Grossbetrieb beseitigt wird, der seine bestimmte Funktion hat. Diese Bauernpolitik liegt auch im Interesse des Industrieproletariats.

Nach der Rede des Abg. Dobbert (Soz) wurde die weitere Aussprache auf Donnerstag 15 Uhr vertagt.



# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 25. Febr. 1931

Der Preussische Landtag überweist in seiner heutigen Sitzung zunächst debattelos einen deutsch-volksparteilichen Antrag an den Verfassungsausschuss, der die Regierung um Anweisung ersucht, dass am Volkstrauertag, dem 1. März, die öffentlichen Gebäude Halbmast zu flaggen haben.

Bei der dann auf der Tagesordnung stehenden Wahl eines dritten Vizepräsidenten für den verstorbenen Dr. Wiemer (DVP) werden 295 Stimmzettel abgegeben. Unbeschrieben sind vier, ungültig ein Stimmzettel. Auf den Abg. Dr. v. Eynern (DVP) lauten 256, auf den Abg. Kasper (Komm.) 29 Stimmzettel. Der Abg. v. Eynern (DVP) ist damit gewählt. Er nimmt die Wahl mit Dank an.

Es folgt die zweite Beratung des

## preussischen Finanzausgleichsgesetzes.

Abg. Szillat (Soz.) berichtet für den Hauptausschuss. Das Gesetz bringt eine Beteiligung der Gemeindeverbände und Provinzen an der Bürgersteuer, lehnt aber in der Ausschussfassung die im Regierungsentwurf enthaltene Bestimmung ab, dass der Gemeindevorsteher die neuen Kommunalsteuern anordnen sollte, falls die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind und die Gemeindevertretung sich weigert die Steuern einzuführen. Nach der Ausschussfassung soll es in diesem Fall der gemeinsamen Anweisung der Aufsichts- und Beschlussbehörde bedürfen. Die gleichfalls von der Regierung vorgesehene Milderung der in der relativen Garantie für einzelne Kommunen liegenden Benachteiligung ist sowohl im Staatsrat wie im Hauptausschuss abgelehnt worden, weil der Ausgleich dieser Härte nicht interkommunal, sondern nur von reichs- oder staatswegen erfolgen könne. Im übrigen erklärt die Regierung, dass nach der Notverordnung des Reichspräsidenten der endgültige Finanzausgleich im nächsten Jahre zu erwarten ist. - Der Berichterstatter betont noch, dass der Ausschuss nahezu einstimmig der Tendenz des Art 6 des Entwurfs zustimmte, der die Möglichkeit geben soll, hohe kommunale Spitzengehälter zu revidieren.

In der Aussprache verweist Abg. Dr. v. Kries (Dnat.) auf die grosse Not der Gemeinden. Er habe bei der ersten Lesung ausgeführt, dass das Reich seine finanziellen Lasten auf Länder und Gemeinden abgewälzt habe. Nun aber komme der Deutsche Städtebund mit Vorschlägen, die die Lasten für alle Erwerbslosen auf Reich und Länder übertragen und die Gemeinden ganz wesentlich entlasten wollten. In der Form werde sich der Plan des Städtebundes wohl nicht verwirklichen lassen. Unter Betonung der Notwendigkeit eines Ostfonds lehnt der Redner den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

Abg. Kloft (Ztr.) stimmt in kurzen Ausführungen dem Entwurf in der Ausschussfassung zu und kündigt für die dritte Lesung einen Antrag an zur Erweiterung des § 43 der Besoldungsordnung dahin, dass gegebenenfalls ein provinzielles Schiedsgericht über die kommunalen Spitzengehälter entscheiden solle. (Beifall i. Ztr.)

Abg. v. Eynern (DVP): Es bestehe die Gefahr des Zusammenbruchs zahlreicher Gemeinden, wenn nicht endlich Staatshilfe geleistet werde. Seine Partei beantrage zu diesem Zweck die Einsetzung eines besonderen Hilfsfonds von 120 Millionen in den Etat für 1931. Der Redner tritt ein für die Aufrechterhaltung der Bestimmungen, dass die Gehälter der kommunalen leitenden Beamten den Staatsbeamtengehältern der höheren Kategorien angeglichen werden. In der anderen Frage der Prüfung der Kommunalgehälter überhaupt wird sich die Fraktion der Stimme enthalten, da die Sache noch nicht spruchreif ist.

Abg. Leinert (Soz.) fordert die Aufrechterhaltung des interkommunalen Lastenausgleichs. Den Bestimmungen über die Verteilung der Bürgersteuer stimme angesichts der Vorschriften der Reichsverordnung seine Fraktion gleichfalls, wenn auch schweren Herzens, zu. Auch die Bestimmungen über die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer müssten angenommen werden, um die Haushalte der Gemeinden nicht zu erschüttern. Die Entscheidung des Gemeindevorstandes über die Einführung der notwendigen Steuern, ehe die Aufsichtsbehörde eingreift, wenn die Gemeinde die Steuern nicht einführt, lehne seine Fraktion ab. Hinsichtlich der Angleichung der Gehälter der leitenden Kommunalbeamten an die der Staatsbeamtengehälter sei vielleicht die Einrichtung eines Schiedsgerichts beim Oberverwaltungsgericht zu empfehlen. Wenn man, wie von verschiedenen Seiten gefordert werde, die Ausgaben der einzelnen Gemeinden allgemein einer staatlichen Kontrolle unterwerfe, so würde man die Selbstverwaltung völlig vernichten. Hoffentlich bringe das Jahr 1932 einen dauernden Finanzausgleich, der der Not der Gemeinden gerecht werde.

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.) lehnt die Vorlage ab, die die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung nicht entlaste.

Abg. Haase-Liegnitz (Wirt.Pt.) verlangt, dass bei der Angleichung der kommunalen Spitzengehälter an die Staatsbeamtenghälter der Aufgabenkreis der Gemeindebeamten berücksichtigt werde.

Damit ist die zweite Lesung des Finanzausgleichsgesetzes erledigt. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der

#### Justizverwaltung.

Der Berichterstatter Abg. Grzimek (Staatspt.) weist daraufhin, dass im Mittelpunkt der Ausschussverhandlungen die Vertrauenskrise in der Justiz gestanden habe und erklärt, dass das Buch "Gefesselte Justiz" allgemein ablehnend beurteilt worden sei; weiter hebt er die ausserordentliche Steigerung der Geschäfte bei der Justizverwaltung hervor.

Justizminister Dr. Schmidt leitet die Aussprache mit einer längeren Rede ein. Er weist zunächst darauf hin, dass der höhere preussische Justizdienst nur noch 6500 Planstellen umfasse gegen 7 000 Stellen vor dem Kriege. Die Aufnahmefähigkeit für junge Juristen sei daher beschränkt. Nach den Erhebungen über die Herkunft der Referendare weise die Entwicklung auf einen sich allmählich vollziehenden Ausgleich unter den verschiedenen Bevölkerungskreisen hin. Von der Annahme des Antrages des Hauptausschusses, für Richter die Altersgrenze von 65. auf das 68. Lebensjahr heraufzusetzen, rät der Minister angesichts der schlechten Aussichten für den Nachwuchs ab. Die Ueberfüllung des höheren Justizdienstes habe sich auch unter der Rechtsanwaltschaft ausgewirkt. Die Zahl der Rechtsanwälte habe sich von 7 000 im Jahre 1913 auf 10 800 im Jahre 1930, also um etwa 40 Prozent erhöht. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 trete eine nicht unerhebliche Verschiebung in der Geschäftsbelastung der Gerichte ein. Wenn sie auch im ganzen eine Erleichterung schaffe, so werde sie doch keineswegs die Belastung durch Zivilprozesse auch nur annähernd wieder auf den Stand der Vorkriegszeit herabdrücken. Die Strafrechtspflege stehe in der gegenwärtigen Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression und der gleichzeitig auftretenden ausserordentlichen Verrohung des politischen Kampfes vor nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten. Zu den Notdelikten träten in ganz ungewöhnlichem Ausmass Straftaten, die ihre Ursache in Zusammenstößen radikalpolitischer Gegner oder in Beschimpfungen des Staates und seiner Organe hätten. Im Jahre 1929 seien bei den Staatsanwaltschaften über 35000 Anzeigen wegen Verletzung der Eidspflicht eingegangen. Gegen mehr als 24000 Personen sei das Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Rund 1200 Personen seien durch Gerichtsbeschluss ausser Verfolgung gesetzt und in rund 192 Fällen sei Freispruch erfolgt. Hieraus ergebe sich, dass die Staatsanwaltschaften bei der Bearbeitung der Eidsdelikte mit besonderer Sorg-

falt verfahren seien.

Die Erörterung der Strafjustiz könne nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass die Strafrechtspflege neuerdings auch aus Kreisen der Rechtsparteien mehr beanstandet werde. Demgegenüber habe er im Hauptausschuss schon darauf hingewiesen, dass der weitaus grösste Teil der Tätigkeit unserer Gerichte sich in völlig reibungsloser, klarer Objektivität vollziehe. Man müsse bedenken, dass schon unter gewöhnlichen Umständen die Justiz im besonderen Masse der Kritik ausgesetzt sei. Heute komme hinzu, dass die Wogen politischer Hochspannung und die Folgen der ausserordentlichen Verschärfung des politischen Kampfes bis in die Gerichtssäle hinein zu spüren seien. Immer seien es aber nur Einzelfälle, in denen vielleicht Zweifel an wirklicher innerer Unparteilichkeit des Gericht entstehen können. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass an der Rechtsprechung in Strafsachen zu einem grossen Teil auch Laienrichter beteiligt seien, die durchaus in der Lage wären, auf Beratung und Abstimmung Einfluss auszuüben. Das Bewusstsein von der Notwendigkeit der unbedingten Achtung vor der Unabhängigkeit der Gerichte bestehe bei der Justizverwaltung nach wie vor unerschüttert fort. Die Justizverwaltung habe auch niemals in irgend einer unzulässigen Weise Einfluss auf das Zustandekommen eines Richterspruchs zu nehmen versucht. Sie habe andererseits in vollem Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen das Recht für sich in Anspruch genommen, gelegentlichen offensichtlichen Mängeln massvolle Kritik zu üben.

Der Minister weist dann darauf hin, dass er bereits im Ausschuss dargetan habe, dass die tatsächlichen Behauptungen, auf die der Verfasser der Schrift "Gefesselte Justiz" seine Vorwürfe gründe, durchweg unrichtig, unvollständig oder entstellt wiedergegeben und zu einer durchaus einseitigen, irreführenden Darstellung benutzt worden seien. Die Mitglieder des Hauptausschusses seien sämtlich ausgezeichnete Sachkenner, und sie hätten alle, ohne den leisesten Widerspruch zu finden, in ihrem vernichtenden Urteil über die Schrift und ihren Verfasser übereingestimmt und bestätigt, dass die "Gefesselte Justiz" wegen ihrer bewussten Entstellungen und Unwahrheiten selbst bei Wiedergabe aktenkundiger Tatsachen keinerlei Beachtung verdiene und zurückgewiesen werden müsse. Wie die Beratungen im Hauptausschuss aufs neue gezeigt hätten, bestehe unter einer grösseren Zahl von Mitgliedern aller Parteien des Hauses eine Art überparteilicher Notgemeinschaft, die sich besonders auch im Rechtsausschuss bewähre und von höherer Warte aus, losgelöst vom politischen Hader, sich mit den Fragen der Justiz auseinandersetze. Der Minister gab zum Schluss der Hoffnung Ausdruck, dass diese Gemeinschaft auch fernerhin Bestand haben möge und dass die Sorgen und Nöte der Justiz, die in der heutigen Zeit leider recht drückend geworden seien, auch künftig bei allen Parteien des Hauses sachliches Verständnis und wohlwollende Berücksichtigung finden würden.

Hierauf beantworteten Regierungsvertreter mehrere Grosse Anfragen. Zu einer sozialdemokratischen Anfrage wird erklärt, dass die Zunahme der politischen Strafsachen zu einer Verfügung Veranlassung gegeben habe, in der die Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen werden, dass das Staatsinteresse und der Schutz der Allgemeinheit es erfordern, dass solche Straftaten mit dem ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben entsprechenden Nachdruck und mit grösster Beschleunigung bekämpft werden. Hinsichtlich des Magdeburger Mordprozesses Schröder wird in Beantwortung einer deutschnationalen Anfrage ausgeführt, dass zur Einleitung eines neuen Ermittlungsverfahrens aus Anlass der Ermordung des Buchhalters Helling kein Anlass bestehe.

Um 17½ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt: ausserdem Abstimmungen zur zweiten Lesung des Handels- und des Berghaushalts.

## Landtags-Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 25. Febr. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag wählte am Mittwoch anstelle des verstorbenen volksparteilichen Vizepräsidenten Dr. Wiemer den Volksparteiler Dr. von Eynern zum dritten Vizepräsidenten. Der Anspruch, den die Kommunisten auf diese Stelle erhoben, konnte nicht anerkannt werden, weil sie im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung jede Verpflichtung auf Innehaltung der Geschäftsordnung ablehnen, und weil sie selbst der Sozialdemokratie als stärkster Fraktion das Recht auf den Präsidenten nicht zuerkennen. Wie Du mir, so ich Dir.

Dann beriet der Landtag in zweiter Lesung den Finanzausgleich für 1931. Berlin, Hannover und einige andere Städte fühlen sich bekanntlich durch die bisherige Verteilung der für die Gemeinden bestimmten Ueberweisungssteuern stark benachteiligt. Aber man kann ihnen gegenwärtig nicht mehr geben, ohne das Geld anderen mindestens ebenso bedürftigen Gemeinden wegzunehmen. An einen völlig neuen Finanzausgleich kann man ebensowenig denken, solange nicht ein dauerhafter Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern zustande gekommen und eine feste Summe für die Gemeinden garantiert ist. So bleibt denn für das laufende Jahr garnichts anderes übrig, als den bestehenden Finanzausgleich noch einmal um ein Jahr zu verlängern, was zweifellos auch geschehen wird.

Endlich begann der Landtag noch die Beratung des Justizetats mit der Einführungrede des Ministers Dr. Schmidt. Dieser tat noch einmal das bekannte Zarnow'sche Verleumderbuch "Gefesselte Justiz" mit einigen kräftigen Worten ab, und den Deutschnationalen war augenscheinlich nicht ganz wohl zumute, als der Zwischenruf erscholl: Zur "Steuer" der Wahrheit musste Herr Deerberg verschwinden!

Wenn am Donnerstag die Aussprache über den Justizetat beginnt, wird man ja hören, was der neue juristische "Fachmann" der Herren Deutschnationalen Herr Steuer zu sagen hat und wie sie es rechtfertigen wollen, dass sie den Senatspräsidenten Deerberg zur Mandatsniederlegung gezwungen haben, bloss weil er nicht wider besseres Wissen unwahre Beschimpfungen der Justizverwaltung decken wollte.

---

schliesslich Anträge des Geschäftsordnungsausschusses betreffend Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Strafverfahren gegen Abgeordnete.

Durch diese Feststellung des Präsidenten ist die Geschäftsordnungsdebatte zu Sonnabend auf nicht allzu grosse Dauer beschränkt. Die Sozialdemokraten sprachen dem Präsidenten durch stürmischen Beifall ihre Anerkennung zu seinem Vorgehen aus.

Schluss 19<sup>20</sup> Uhr.

---

### Landtag.

---

- SPD. Berlin, den 6. Febr. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag vertagte sich am Freitag auf den 23. Februar. Er wird nach seinem Wiedertzusammentritt mit der zweiten Lesung der staatlichen Berg- und Hüttenverwaltung beginnen. In der Zwischenzeit wird der Hauptausschuss eine Reihe von Etats durchberaten.

Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung stand neben einer Reihe kleinerer Vorlagen u. a. auch die Regierungsvorlage über den Finanzausgleich für 1931. Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte mit den dazu gestellten Abänderungsanträgen dem Hauptausschuss überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, der die Aufstellung eines Generalplans für Hochwasserschutzanlagen im Rheingebiet verlangt und den Hochwasserschuttfond auf 1,5 Millionen ergänzt. Den vom Hochwasser betroffenen Personen sollen Krediterleichterungen und steuerliche Entlastungen gewährt werden. Auch der Ausbau der Bocholter Aa soll in Angriff genommen werden.

---

der Freund von ihr geht, um den Hunger seiner Seele zu stillen.

Am wärmsten kommt das tiefe Verständnis der Mutter für den Sohn zum Ausdruck in der liebevollen Güte, mit der sie Christiane Vulpius an ihr Herz nimmt. Von allen wird Christiane geschmäht und gemieden. Der Mutter jedoch ist sie die vielgeliebte Tochter. Die Mutter findet in Christiane die eigene Natürlichkeit und Fröhlichkeit wieder, und daher ist ja auch die Erziehungskraft Christianes auf Goethe zu erklären. Es ist wie ein Ring, der sich schliesst: von der Mutter zu der Geliebten. Und wie erhöht sich Frau Ajas Glück, als sie Grossmutter wird! Freilich, in die Zeitung kann sie die Nachricht von der Geburt des (damals noch unehelichen) Enkels nicht setzen. Aber über die grossmütterliche Eitelkeit geht der Trost, dass ihr Hätschelhans "vergnügt und glücklicher ist als in einer fatalen Ehe". Ihre Frohnatur schätzt gerade die Fröhlichkeit Christianes so sehr. "Fröhliche Menschen sind in der Regel auch gute Menschen," heisst es im "Götz". Diese Fröhlichkeit hat sich Goethes Mutter bewahrt bis zuletzt. Nie hat sie Ansprüche an ihren Sohn gestellt. Nie hat sie den Ehrgeiz gehabt, sich in Weimar im Ruhe der Mutter des Ministers zu zeigen. Mit mütterlicher Liebe verfolgte sie aus der Ferne alles, was der Sohn von seinen Erfolgen berichtete. Mit offenen Armen nahm sie ihn auf, wenn er in dem schönen Patrizierhaus einkehrte, das die Mutter noch lange als Witwe weiter bewohnte. Ihr war es immer das höchste Glück, sich sagen zu können: "Elisabeth, er lebt."

Und als es dann (1808) ans Sterben ging, da erwartete sie den Tod gefasst, ja, heiter. "Eine Empfehlung von der Rat", liess sie antworten, als eine Einladung zu ihr kam, "sie könnt' nimmermehr kommen, weil es jetzt ans Sterben ginge."

"Lerne sie kennen", schrieb Bettina dem Sohne, "wie weise und liebend sie gerade in ihrem letzten Augenblick war, und wie gewaltig das Poetische in ihr!"  
Anna Blos.

### Mathilde.<sup>x</sup>

SPD. Zu Heines 75. Todestag erscheint ein erzählendes Werk "Mathilde. Ein Leben um Heinrich Heine" von Walther Victor, das in überaus anmutiger, dichterisch feiner Form, gestützt auf gründliches, ausgiebiges Quellenstudium, ein Bild von Heines Gattin und ihres Zusammenlebens mit dem Dichter gibt. Mit freundlicher Erlaubnis des Verlages E.P.Tal u.Co. (Leipzig-Wien) veröffentlichen wir nachstehend einen Vorabdruck aus dem Buche mit einer Schilderung aus den ersten Tagen der Bekanntschaft Heines mit seiner späteren Gattin.

"Eugenie! Eugenie! Wo steckst Du nur?"

Die Tante ist böse.

Die letzten Oktobertage sind so schön diesmal, Und das Mädchen steht so gern in der Ladentür und sieht nach den Vögeln, den vorbeifahrenden Wagen, zuletzt nach den Menschen, die schön oder lustig gekleidet sind.

"Eugenie! Schnell!"

Aber bald steht sie wieder an ihrem Lieblingsplatz.

Ein paar junge Leute kommen die Strasse herauf. Ist das nicht....?

Sie springt vor Vergnügen. Ein bekanntes Gesicht, ach, wie selten ist das!

Und sie winkt schon von weitem.

Heine lässt den Freund und eilt auf sie zu, fasst ihre Hände, stürzt Worte der Freude heraus: "Gefunden!"



Auf höflich=heiteren Gruss war das Kind gefasst. Das hier trieb ihr alles Blut ins Gesicht.

Welche Empfindung?! Welch erregter Mensch! Wenn nur die Tante...

Und Heine spricht, und Heine fragt, und das Mädchen nickt stumme Antwort, auch als er fragt, ob er abends...

Und sie bittet ihn, zu gehen. Was dächten die Menschen!

Bestürzt wendet sie sich in den Laden und beugt sich an eine Arbeit: was war das? Was war das? War das das Leben?

Er muss ein Fremder sein. Seine Sprache...

Er muss ein recht feiner Mensch sein. Sein Anzug, und sein Benehmen, so heftig es war...

Er muss irgend etwas wollen. Vielleicht sehe ich jemandem ähnlich...

Gewiss, das war er. Oder?

Was war das doch, was die Mutter sagte, damals, als sie Abschied nahm? Die Tante neulich, als ich so lange weg blieb, sie nicht gleich wiederfand...

Das Mädchen träumt und spielt mit den Bändern eines Schuhs.

Aber lieb war er doch!

Wieder wird ihr so heiss an der Stirn wie vorhin, als er ihre Hände drückte. Und sie steht schnell auf, trällert laut vor sich hin und tänzelt in die Stube.

Abends findet sie nicht aus dem Haus. Eine Unruhe ist in ihr, die ist ihr fremd. Wenn sie krank würde?

Sie macht sich am Fenster zu schaffen. Sie lehnt heraus. Da steht er. Blumen in der Hand. Sie deutet ihm: Vorsicht! Ängstlich ein Blick nach der Tante. Aber die sitzt vor dem Spiegel und frisiert sich zur Nacht.

Er steht vor ihr. Er will ihr die Blumen geben. Sie wehrt ab: die Tante.

Einen Zettel drückt er ihr in die Hand. Sie lächelt Trost: Gnade! Es geht nicht! Und ihre Blicke bitten ihn, zu gehen.

Der Zettel verschwindet in ihrem Kleid.

Später sieht sie: es sind lauter kleine Zeilen. Ach, wer sie ihr deuten könnte!

Sie schläft ein, das Papier an das Herz gedrückt.

Zwei Wochen später. Sie sitzen zusammen. Sie lieben sich. Das Mädchen zieht einen Zettel aus dem Kleid. Du! Bitte, lies mir das! Und er fragt. Und sie bekennt. Und er reisst sie in die Arme und küsst und küsst. Mein Mädchen kann nicht lesen! Mathilde! Mathilde! Weissst Du, dass Du Mathilde heisst? Ja, von heute an heisst Du Mathilde!

Sie weiss nicht, wie ihr geschieht. Mathilde? O, welche bunte Welt! Ein Dichter liebt sie, und alles heisst es fühlen, nichts verstehn! Aber versteht er's? Er weiss es selbst nicht. Er hat den Zettel in den Händen. Er ist so stumm. Und seine Stimme zittert:

Du bist wie eine Blume  
So hold und schön und rein.  
Ich schau dich an, und Wehmut  
Schleicht mir ins Herz hinein.

Mir ist, als ob ich die Hände  
Aufs Haupt dir legen sollt',  
Betend, dass Gott dich erhalte  
So rein und schön und hold....

Das ist eine Geschichte wie viele andere auch. Und wem sie just passiert, dessen Tage sind wie die Hochzeiten des Lebens.